

Hochschule Magdeburg-Stendal

Fachbereich Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien

Studiengang Journalistik/Medienmanagement

BACHELORARBEIT

Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich

bezüglich unterschiedliche politische Systeme und Situation der Pressefreiheit

Autorin: Phuong Hoa Nguyen

Braunschweiger Str. 94

39112 Magdeburg

Matrikelnr.: 2013 2830

Gutachter: Dr. Detlev Thormeyer

Zweitgutachter: Dr. Uwe Breitenborn

Ort: Magdeburg

Abgabetermin: 20.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	III
1 Einleitung	1
2 Begriffe und Definitionen.....	3
2.1 Massenmedien	3
2.2 Mediensystem.....	4
2.3 Meinungsfreiheit.....	5
2.4 Pressefreiheit	6
2.5 Medienzensur.....	7
2.6 Medienpolitik	9
3 Politik und Medien	11
3.1 Wechselwirkungen zwischen Politik und Massenmedien	11
3.2 Rolle der Massenmedien in unterschiedlichen politischen Systeme	12
3.2.1 In Deutschland – in einem demokratischen System	13
Was bedeutet Demokratie?.....	13
Politische Funktionen der Massenmedien in der Demokratie	14
3.2.2 In Vietnam – in einem (undemokratischen) Einparteiensystem	16
Was versteht man unter Einparteiensystem?	16
Politische Funktionen der Massenmedien im Einparteiensystem.....	17

4	Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland	19
4.1	Überblick über das deutsche Mediensystem.....	19
	Hörfunk und Fernsehen (duales Rundfunksystem)	19
	Zeitungen und Zeitschriften.....	21
	Internet	23
	Die deutsche Medienpolitik.....	23
4.2	Grenzen der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit.....	24
4.3	Journalisten in Deutschland	27
	Wie viele Journalisten gibt es in Deutschland?.....	27
	Deutsches Presserat.....	28
	Arbeitsbedingungen der Journalisten in Deutschland.....	31
4.4	Situation der Pressefreiheit bzw. Medienzensuren in Deutschland.....	32
5	Mediensystem der sozialistischen Republik Vietnam	36
5.1	Überblick über die vietnamesische Medienlandschaft.....	36
5.2	Journalisten in Vietnam.....	38
	5.2.1 Auf dem Weg, Journalist zu werden.....	38
	5.2.2 Arbeitsbedingungen der Journalisten in Vietnam – Online Befragung.....	39
	Ziel der Umfrage	39
	Untersuchungsdesign.....	39
	Analyse der Ergebnisse	42

6	Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich	46
6.1	Theorie des Mediensystemvergleiches.....	46
6.2	Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich.....	47
7	Medienzensuren im Netz	51
7.1	In Deutschland.....	51
7.2	In Vietnam	53
7.3	Zensuren aus nicht staatlichen Institutionen und Organisationen.....	55
8	Zusammenfassung und Zukunftsperspektive.....	56
	Literaturverzeichnis.....	58
	Selbständigkeitserklärung	61

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1 – Zuschauermarktanteile der TV-Sender in Deutschland 2016</i>	<i>20</i>
--	-----------

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1 - Deutsche Zeitungen 2016 auf einen Blick</i>	<i>21</i>
<i>Tabelle 2 - Festangestellte Journalistinnen und Journalisten (qualifizierte Schätzzahlen)</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 3 - Stichprobenbeschreibung der befragten Journalisten</i>	<i>40</i>

Abkürzungsverzeichnis

ARD *Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland*

BBC *British Broadcasting Corporation*

BDZV *Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger*

CDU *Christlich Demokratischen Union Deutschlands*

CSU *Christlich-Soziale Union in Bayern e. V*

DDR *Deutsche Demokratische Republik*

dju *Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union*

DJV *Deutscher Journalisten-Verband*

DW *Deutsche Welle*

ECPAT *End Child Prostitution, Child Pornography & Trafficking of Children*

ESPN *Entertainment and Sports Programming Network*

FES *Friedrich Ebert Stiftung*

FH *Freedom House*

GEMA *Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte*

HBO *Home Box Office*

IFG *Informationsfreiheitsgesetzes*

IREX *International Research & Exchanges Board*

KJM *Kommission für Jugendschutz*

KPV *Kommunistische Partei Vietnams*

NS *Nationalsozialismus*

ROG *Reporter ohne Grenzen*

SED *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*

SPD *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*

UNICEF *United Nations Children's Fund*

URL *Uniform Resource Locator*

VDZ *Verband Deutscher Zeitschriftenverleger*

ver.di *Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft*

VJA *Vietnamesische Journalistenvereinigung*

VNA *Vietnam News Agency, Vietnam News Agency*

VOV *Radiosender Voice of Vietnam*

VTV *Nationale Vietnam Television*

ZDF *Das Zweite Deutsche Fernsehen*

1 Einleitung

Diese Bachelorarbeit hat den Titel „**Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich**“. Vietnam ist eine sozialistische Volksrepublik in Südostasien. Deutschland ist ein föderal verfasster Staat in Mitteleuropa. Zuerst ist festzustellen, dass in den beiden Länder vollkommen unterschiedliche politische Systeme sowie daraus resultierende Mediensysteme bestehen. Ziel dieser Bachelorarbeit soll sein, Kenntnisse der Strukturen und Differenzen der zwei gegensätzlichen Mediensysteme in Deutschland und Vietnam zu vermitteln; ein grundlegendes Verständnis von politischen, ökonomischen, technischen und rechtlichen Prozessen und ihren Interdependenzen zu wecken; die Mediensysteme konstituieren; sowie das Problembewusstsein für die gesellschaftliche Dimension von Medien zu sensibilisieren. Um sich diesem Ziel anzunähern, ist diese Bachelorarbeit insgesamt in acht Hauptkapitel untergliedert.

Im zweiten Kapitel werden hauptsächliche Begriffe und Definitionen erläutern, womit sich diese Bachelorarbeit beschäftigt. Von grundlegenden Begriffen wie *Massenmedien* und *Mediensystem* über abstraktere Definitionen nämlich *Meinungs- und Pressefreiheit*, *Medienzensuren* bis hin zu komplexen Fachbegriffen wie *Medienpolitik* werden hier ausführlich erklärt.

Das **dritte Kapitel** befasst sich intensiv mit den Wechselwirkungen zwischen der Politik und den Medien. Wo unterscheiden sich die zwei politischen Systeme in Deutschland und Vietnam? Welche Funktionen müssen die Massenmedien in den jeweiligen Ländern erfüllen? Inwiefern könnte die Politik ihren Einfluss auf die Medien ausüben? Diese Fragen sind eingehend zu antworten.

In den nächsten zwei Kapiteln (das **vierte und fünfte Kapitel**) werden die Mediensysteme der beiden Länder nacheinander vorgestellt. Diese beiden Kapitel spiegeln nicht nur einen Überblick über die beiden Mediensysteme sowie ihre Bestandteile (nämlich Print, Rundfunk, Online) sondern auch einen genauen Ansicht über die unterschiedlichen Situationen der Pressefreiheit in den beiden relevanten Ländern wieder.

Im **sechsten Kapitel** wird aufgrund der Kenntnisse, die sich aus den zwei vorigen Kapiteln ergeben, ein konkreter Mediensystemvergleich zwischen Deutschland und Vietnam unter verschiedenen Aspekten und Bedingungen angestellt. Dazu gehört den sogenannten „Medienzensuren im Netz“, die im Zeitalter des Internets eine wichtige Rolle spielen und in dem **siebten Kapitel** unter die Lupe genommen werden.

Zum Abschluss soll im **achten Kapitel** ein Ausblick auf künftige Entwicklung der beiden Mediensysteme gegeben werden. Anhand des Beispiels von dem Mediensystemvergleich zwischen Deutschland und Vietnam umfasst diese Bachelorarbeit weitgehend die Kenntnisse über Voraussetzungen eines Mediensystems also das jeweils eigene wie das anderer Länder, um ein Verständnis der globalen Bedingungen zu begründen. Die Arbeit wird mit der Erkenntnis der Autorin sowie einem abschließenden Fazit abgerundet.

2 Begriffe und Definitionen

In diesem Kapitel werden die grundlegenden Begriffe der vergleichenden Medienforschung, womit diese Bachelorarbeit beschäftigt, konkret definiert. Was versteht man eigentlich unter *Massenmedien*? Welche Bestandteile sind unter einem *Mediensystem* zu fassen und zu analysieren und welche prägenden Faktoren formen diese Bestandteile? Zu den weiteren Begriffen nämlich *Meinungs-* und *Pressefreiheit*, *Medienzensur* sowie *Medienpolitik* wird das hier zugrunde liegende Verständnis ebenfalls dargelegt.

2.1 Massenmedien

Der Begriff **Medium** ist lateinischen Ursprungs und bezeichnet so viel wie „Mittel“. Er wird heute für eine Vielzahl von unterschiedlichen Sachverhalten gebraucht. Unter **Massenmedien** im engeren Sinne werden die technischen Mittel verstanden, die zur massenhaften Verbreitung von Aussagen an eine Vielzahl von Personen geeignet sind, also insbesondere Presse, Film, Hörfunk (Radio), Fernsehen und Internet. Die mit Massenmedien einhergehende **Massenkommunikation** ist gegenüber der *Individualkommunikation* durch eine fehlende Auswahl der Empfänger gekennzeichnet, das heißt, die Rezipienten sind nicht im Vorhinein festgelegt, sie sind räumlich verstreut (im Gegensatz zum „Präsenzpublikum“ zum Beispiel bei einem Theaterstück, einem Vortrag oder einem Konzert). Sie sind Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten, mit unterschiedlichen Einstellungen, Lebensweisen und Interessen. Die Bezeichnung „Masse“ deutet in diesem Zusammenhang auf die unbestimmt große Anzahl von Menschen, an die Aussagen übermittelt werden, ohne sie persönlich individuell zu adressieren.

Charakteristisch war für die klassischen Medien bis in die jüngste Zeit, dass Inhalte indirekt und einseitig mit Hilfe einer Vervielfältigungs- oder Übertragungstechnik (Druck, Funkwellen) an eine Vielzahl von verstreuten Empfängern verbreitet werden. Das betrifft weniger noch das Internet, die seit den 1990er-Jahren hinzu traten. Zahlreiche neue Kommunikationsmöglichkeiten stehen dadurch zur Verfügung, vor allem das *World Wide Web* mit seiner inzwischen unübersehbaren Zahl von Websites, die Botschaften auf unterschiedliche Arten (Text, Bild, Video, Audio usw.) präsentieren und (über die sogenannten *Links*) miteinander verknüpfen. Durch das *Web 2.0*¹ nämlich die sozialen

¹ ein Schlagwort, das für eine Reihe interaktiver und kollaborativer Elemente des Internets verwendet wird.

Netzwerke wie Facebook, Twitter und Co. wurde die **Einseitigkeit der Massenkommunikation** aufgehoben und ist ein **interaktiver Umgang** möglich. Jetzt können die Menschen im Netz durch Herstellung, Bereitstellung, Tausch und Weiterverarbeitung von Inhalten miteinander in Verbindung treten. Damit begann im Internet das Zeitalter der *nutzergenerierten Inhalten*²: Der Empfänger ist nicht mehr zur Passivität verurteilt, sondern kann selbst aktiv als *Sender* auftreten. Beispielsweise können die Nutzerinnen und Nutzer ihre eigenen Mitteilungen und Videos jetzt selbst ins Netz stellen, zum Beispiel auf *YouTube*, und sich in sozialen Netzwerken, wie beispielsweise *Facebook*, organisieren.

Außer der technischen Seite hat der Begriff auch eine **institutionelle Bedeutung** und steht für die Organisationen, die die Botschaften der Massenkommunikation produzieren wie etwa Verlage und Rundfunkanstalten. Das Medium als Mittel, als Träger oder als Vermittlungsinstanz ist da nur der Ausgangspunkt. Medien können nun selbst als „organisierte soziale Handlungssysteme“³ aufgefasst werden, und sie bilden in ihrer Gesamtheit wiederum ein System, das Mediensystem.

2.2 Mediensystem

Die Grundlage für den *Mediensystembegriff* stellen die *Medien* dar. Werden diese als soziale Organisationen (statt als bloße technische Artefakte) definiert und wahrgenommen, bilden sie in ihrer Gesamtheit ein Mediensystem.

Durch die hohe Eingebundenheit der Medien liegt immer ein Wechselspiel zwischen Medien und den „ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten einer Gesellschaft“⁴ vor. Neben diesen Faktoren werden Mediensysteme außerdem durch „das Recht, die Geografie, die Sprachkulturen, das politische System, die Wirtschaftsverfassung und den gegebenen Stand der Medientechnologie und seiner Verbreitung“ beeinflusst.⁵

² (englisch) *User-generated-content* steht für Medieninhalte, die nicht vom Anbieter eines Webangebots, sondern von dessen Nutzern erstellt werden.

³ Siegert 1993

⁴ <<https://de.wikipedia.org/wiki/Medienystem>> [17.02.2017]

⁵ Vgl. Thomaß 2007

Mediensysteme sind eingebettet in ihre gesellschaftliche Umwelt, die immer auch die kulturelle und national geprägte Umwelt ist. Sie sind Ausdruck kulturellen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Mediensysteme lassen sich zunächst am besten im Rahmen territorialer Grenzen, so wie sie durch Staaten gegeben sind, betrachten. Und somit unterscheiden sich Mediensysteme der verschiedenen Länder auch deutlich voneinander.

Für das Funktionieren der Massenmedien beziehungsweise des relevanten Mediensystems sind auf jeden Fall Meinungs- und Pressefreiheit die wesentlichen Voraussetzungen.

2.3 Meinungsfreiheit

Eine **Meinung** bedeutet „individuelle Anschauung auf der Grundlage eines persönlichen Urteils oder einer Einschätzung eines Sachverhalts“⁶. Meinungen beziehen sich auf Tatsachen oder andere Meinungen, kann durch interpersonale und öffentliche Kommunikation sowie deren Zusammenspiel beeinflusst oder gebildet werden.

Meinungsbildung ist sozialer Prozess, bei dem neben persönlicher Anschauung und intrapersonale Kommunikation, öffentliche Kommunikation eine Schlüsselrolle besitzt. Die Medien werden die Funktion zugeschrieben, tatsächlichen Einfluss auf die Bildung der individuellen sowie der öffentlichen Meinung zu nehmen.

In einer Demokratie hat jede Person „das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild sowie allen weiteren verfügbaren Übertragungsmitteln frei zu äußern und zu verbreiten“⁷. Grenzen dafür ergeben sich jedoch aus den allgemeinen Gesetzen, die dem Schutz anderer, mindestens gleichwertiger Rechtsgüter dienen. Dazu gehören insbesondere der **Persönlichkeitsschutz**, der **Jugendschutz** und der **Schutz der inneren und äußeren Sicherheit**, die im Kapitel 4.2 genauer unter die Lupe genommen werden.

⁶ Bentele, Brosius, Jarren 2006, S.188

⁷ Artikel.5 Absatz.1 Grundgesetz

2.4 Pressefreiheit

Der Oberbegriff **Presse** (von mittellateinisch *pressa*) leitet sich von der Druckerpresse aus der Zeit der analogen Drucktechnik ab und bezieht sich ursprünglich auf die Gesamtheit aller verbreiteten Druck-Erzeugnisse (Flugschriften, Einblattdrucke, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Plakate). Heute steht die Presse auch für die Gesamtheit aller Zeitungen und Zeitschriften in jeglicher Form sowie für das damit zusammenhängende Nachrichten- und Meinungswesen. In gewissen Wortverbindungen (einschließlich **Pressefreiheit**) steht der Wortteil „Presse“ in einem erweiterten Sinne für die Gesamtheit aller öffentlichen Massenmedien (einschließlich Hörfunk, Fernsehen und Internet).

Aus diesen Grundlagen bezeichnet **Pressefreiheit** „das Recht von Rundfunk, Presse und anderen Medien wie Online-Medien auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit, vor allem das unzensurierte Veröffentlichen von Informationen und Meinungen“⁸. Der Schutz von Pressefreiheit umfasst den gesamten Produktionsprozess der Presse von Informationsbeschaffung bis zur Verbreitung der Presseprodukte, die Tätigkeit aller für die Presse arbeitenden Personen und ferner die Funktionsfähigkeit der Presse. Folgend werden die vier zusammengefassten **Indikatoren von Pressefreiheit**⁹ konkreter erklärt.

- **Legale und strukturelle Bedingungen für Pressefreiheit** stehen für rechtlichen Schutz bzw. Einschränkungen der Pressefreiheit, Besitzverhältnisse der Medien (staatliche oder private Medieneinrichtungen) und äußere Vielfalt der Medien.
- **Journalistische Freiheit** bedeutet keine Repressionen der Regierung oder nicht-staatlicher Gruppen gegen Journalisten sowie keine Ausübung der Selbstzensur von Journalisten. Die Medien müssen unabhängig, dezentral und staatsfern organisiert sein.
- **Umfang und Vielfalt der Berichterstattung:** Hier stellt man die Fragen, ob bestimmte kontroverse Themen systematisch vernachlässigt werden, ob gegensätzliche Meinungen in den Berichterstattungen dargestellt werden und ob Regierungspolitiken in den Medien kritisiert werden.

⁸ <<https://de.wikipedia.org/wiki/Pressefreiheit>> [17.02.2017]

⁹ Vgl. Rössler, Patrick; Krotz, Friedrich 1974 S.373

- **Partizipation:** Demokratische Funktionen können die Medien nur erfüllen, wenn die Mehrheit der Bürger passiven Zugang zu den Medien hat und selbst Inhalte einbringen kann. Pressefreiheit beinhaltet also auch die Möglichkeit der Partizipation.

Der Stand der Pressefreiheit in einem Land könnte nicht nur zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auch die Entwicklung über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Mit einer kontinuierlichen Untersuchung der Pressefreiheit könnte die Entwicklung der Demokratisierung im Land begleitet werden, um die Richtung der Entwicklung anzuschauen. Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wird die Richtung dieser politischen Entwicklung in Vietnam und Deutschland durch die Beobachtung von den Situationen der Pressefreiheit recherchiert und miteinander verglichen.

2.5 Medienzensur

Der Begriff **Zensur** ist abgeleitet vom lateinischen Wort „*censura*“, das eine strenge Prüfung bzw. Beurteilung und zugleich das Amt eines Sittenrichters im römischen Staat bezeichnete¹⁰. Einfach verstanden ist Zensur der Versuch, Informationen zu kontrollieren. Streng genommen wird Zensur normalerweise **staatliche Zensur**. *„Durch staatliche Stellen sollen Massenmedien oder persönlicher Informationsverkehr kontrolliert werden, um die Verbreitung unerwünschter oder ungesetzlicher Inhalte zu unterdrücken oder zu verhindern“*.¹¹

Künstlerische Äußerungen, Meinungsäußerungen und vor allem Nachrichten in den Medien sind Gegenstände der Zensur. Das Wort *Zensur* wird auch gerne in Wortkombinationen **Medienzensur** eingesetzt. In undemokratischen (aber manchmal auch in demokratischen) Staaten unterliegen Medien meist einer Zensur. Das bedeutet, dass die Regierung solcher Staaten ganz klar vorschreibt, was in den Medien berichtet, geschrieben oder gezeigt werden darf und was nicht.

Diese Kontrolle wird damit begründet, der Staat wolle oder müsse schutzbedürftige Gesellschaftsgruppen vor der schädlichen Wirkung solcher Inhalte bewahren. Sittlich begründet wird eine Zensur zum Beispiel mit dem Schutz Minderjähriger vor Inhalten und Darstellungen, die deren seelische Entwicklung gefährden (zum Beispiel Gewaltdarstellungen oder menschenverachtende Formen der Sexualität). Von Seiten der von Zensur Betroffenen und auch in

¹⁰ <[https://de.wikipedia.org/wiki/Zensur_\(Informationskontrolle\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Zensur_(Informationskontrolle))> [17.02.2017]

¹¹ Ebd.

wissenschaftlichen Untersuchungen wurde und wird der Vorwurf erhoben, der wahre Beweggrund der Zensur seien der Schutz und der Machterhalt der sie ausübenden Eliten.

In der neueren Lehre und Rechtsprechung wird aber anerkannt, dass Beeinträchtigungen der Meinungsäußerungsfreiheit sowie Pressefreiheit nicht nur vom Staat, sondern auch von Dritten ausgehen können, zum Beispiel vom Arbeitgeber oder anderen Institutionen mit vorhandenen Druckmitteln. In weiteren Sinn ist **Medienzensur** aber auch ein Verfahren einer einflussreichen Organisation oder eines Systemträgers, um durch Medien vermittelte Inhalte zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass nur erwünschte Aussagen in Umlauf kommen¹².

In undemokratischen Staaten (zum Beispiel in Vietnam) gibt es meistens ein Amt, welches sich mit der **Vorzensur** der Inhalte beschäftigt. Das bedeutet, die Medien müssen ihre Produkte vor der Veröffentlichung zur Prüfung vorlegen. Dieses Amt entscheidet dann darüber, ob das Vorgelegte öffentlichkeitstauglich ist oder nicht. Im Gegensatz dazu ist eine Vorzensur als Zensur im klassischen Sinn in Deutschland nach dem deutschen Grundgesetz (Artikel 5) verfassungswidrig.

In Deutschland und anderen demokratischen Ländern gilt der Fall der **Nachzensur**, bei der erst nach der Veröffentlichung in die Meinungsfreiheit eingegriffen wird. Die ist Bestandteil auch jener Rechtssysteme, in denen Vorzensur laut Verfassung verboten ist. Jeder darf seine Meinung zum Ausdruck bringen, kann aber nachträglich zur Verantwortung gezogen werden, wenn er dabei gegen Gesetze verstößt. Die Konsequenzen können Einziehung und Indizierung des betreffenden Werkes oder Bestrafung der Person sein.

Daneben spielt **Selbstzensur**, meist als freiwillige Selbstkontrolle oder freiwillige Selbstverpflichtung der Journalisten genannt, im Journalismus oft eine nicht unerhebliche Rolle. Beispielweise kann ein investigativ arbeitender Journalist eine Enthüllung zurückhalten, da er sich des Wahrheitsgrades unsicher ist oder weil die von der Enthüllung betroffenen Personen die Macht haben, ihm im Falle der Veröffentlichung zu schaden. So haben sich Mechanismen der Selbstzensur entwickelt, wie zum Beispiel Richtlinien für zu veröffentlichende Inhalte durch den **Pressekodex**¹³.

¹² Vgl.

<https://www.uniUlm.de/fileadmin/website_uni_ulm/iui.inst.040/Infogesellschaft_II/Meinungsfreiheit__Medien_und_Zensur.pdf> [17.02.2017]

¹³ journalistisch-ethische Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats (Siehe Kapitel 4.3)

Daneben tritt Selbstzensur aber auch bei Verlegern, Filmproduzenten, sowie Medien aus vielfältigen anderen Motiven auf: Selbstzensur durch Einflussnahme staatlicher Organe (im Interesse der *nationalen Sicherheit*), auf Druck des Veröffentlichungspartners (Geschäftsinteressen, Werbekunden usw.) oder um zu vermeiden, sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen durch eine Veröffentlichung verletzt fühlen (insbesondere im religiösen Bereich).

2.6 Medienpolitik

Medienpolitik ist „die Bezeichnung für die Gesamtheit derjenigen kollektiv verbindlichen Entscheidungen, mit denen die Rahmenbedingungen für mediale öffentliche Kommunikation festgelegt werden“¹⁴. Da die Medien eine essenzielle Rolle für das Funktionieren einer demokratischen Verfassung spielen, ist die Medienpolitik Teil der **staatlichen Daseinsvorsorge** zum Schutz der freien Meinungsäußerung und Informationsfreiheit der Bürger sowie der Pressefreiheit der Journalismus. Sie muss zugleich sicherstellen, dass politische und wirtschaftliche Machtgruppen keinen bestimmenden Einfluss auf das publizistische Angebot und die politische Willensbildung der Bevölkerung nehmen können.

Im engeren Sinn geht es erstmal um die **medienpolitischen Regulierungen** des publizistischen Mediensystems. Diese Regeln bilden einen Teil der Rahmenbedingungen, unter denen medial kommuniziert wird. Einen anderen Teil bilden die **Ressourcen für mediale Kommunikation**, vor allem die finanziellen Budgets und die technischen Möglichkeiten, die auch von politischen Entscheidungen beeinflusst werden, z. B. von verbindlichen Entscheidungen über Subventionen und Besteuerung, über Infrastruktur und Forschungsförderung. Medienpolitische Entscheidungen beeinflussen somit alle **Restriktionen für mediale Kommunikation**, insbesondere aber die Regeln. Medienpolitische Entscheidungen beschränken sich somit nicht auf Regelsetzung, aber die bildet den Kern von Medienpolitik und prägt die Medienpolitik insgesamt.

In einem erweiterten Verständnis zählen zur Medienpolitik, neben dieser durch Gesetze, Verordnungen oder Gewährleistungen etablierten Medienordnung auch „**die Vermittlung und Präsenz von Politik in den Medien**“ und „**die Politik der Medienunternehmen selbst**“.¹⁵

¹⁴ Bentele, Brosius, Jarren (2006) S.182

¹⁵ Hachmeister, Lutz et. al. (2008) S. 3–8.

Es ist festzustellen, dass die Gestalt und Abläufe der Medien- und Kommunikationspolitik abhängig von der **Struktur des politischen Systems** sowie von der **historischen Entwicklung der jeweiligen nationalen Mediensysteme** sind. Im Rahmen dieser Bachelorarbeit werden diese Aspekte der Medienpolitik in Deutschland (im Kapitel 4) und Vietnam (im Kapitel 5) genauer betrachtet und miteinander verglichen, um die Grundfragen der Mediensystemvergleich zu beantworten.

3 Politik und Medien

3.1 Wechselwirkungen zwischen Politik und Massenmedien

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen über das Verhältnis von Medien und Politik und wie sich die beiden Seiten zueinander positionieren. Drei grundsätzliche Vorstellungen¹⁶ lassen sich unterscheiden:

- Das **Paradigma der Gewaltenteilung** sieht *Politik* und *Medien* als autonome Systeme an. Hier wird postuliert, dass es den Medien möglich ist, politische Institutionen und Akteure zu kontrollieren.
- Für das **Paradigma der Instrumentalisierung** lassen sich zwei konträre Ausformungen unterscheiden. Zum einen wird die Übermacht der Massenmedien proklamiert, da diese häufig die einzige Möglichkeit für politische Akteure darstellen, ihre Wählerschaft zu erreichen. Das wiederum führt zu einem hohen Anpassungsdruck auf politische Institutionen, der schlussendlich der Politik die Logik der Medien aufzwingt. Diese **Mediatisierung der Politik** bedeutet die Ausrichtung politischen Handelns und Verhaltens an den Regeln des Mediensystems. Der Politiker soll seine Inhalte so präsentieren, dass sie die Selektionskriterien der *Gate-Keeper*¹⁷ erfüllen und in die verschiedenen Medienformate passen. Im Gegensatz dazu wird die Übermacht der Politik gegenüber den Medien proklamiert. Die Politik stellt sich auf die Bedeutung der Medien ein und professionalisiert ihre Kommunikationsaktivitäten. **Politisierung der Medien**¹⁸ bedeutet, die Parteien würden beispielweise via Kontrollorgan die Medien beherrschen. Es gibt immer wieder einzelne Fälle von politischem Druck auf Journalisten sowie Versuche der verdeckten Beeinflussung der Programmstruktur.

¹⁶ Thomaß, Barbara (2013) S. 65 und Jarren, Othfried; Donges, Patrick (2002)

¹⁷ (deutsch: *Torwächter*) metaphorisch ein Einflussfaktor, der darüber entscheiden kann, welche Nachricht in den Medien erscheint

¹⁸ Schreyer, Bernhard; Schwarzmeier, Manfred (2013) S.153

- Aus der Perspektive des **Paradigma der Symbiose** werden *Politik* und *Medien* in einem wechselseitigen Abhängigkeits- und Tauschverhältnis gesehen. Idealtypisch betrachtet befördern die Medien Themen, Bedürfnisse und Meinungen der Bürger zu den politischen Handelnden, und diese machen ihrerseits ihre Planungen und Entscheidungen der Öffentlichkeit über die Medien zugänglich. So sind beide aufeinander angewiesen- die Medien auf die Politik, weil sie die als Informationsquelle benötigen, und die Politik auf die Medien, weil diese für sie unverzichtbar sind für den Transport ihrer Absichten, Ideen und Beschlüsse. In der Tat ist die Beziehung zwischen den Medien und Politik seit jeher kompliziert. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein Miteinander für die beiden Seiten am vorteilhaftesten ist.

Die politischen Vertreter oder Vertreterinnen, Verbände und Parteien nutzen die Medien gezielt, um ein möglichst gutes und ansprechendes Bild von sich zu verbreiten. Durch die Präsentation politischer Inhalte in den Massenmedien versucht die Politik, auf unterschiedliche Weise, Einfluss auf dessen Berichterstattung und damit auch auf die Bevölkerung zu nehmen¹⁹. Das bedeutet, dass Medien in einem politischen System bestimmte Funktionen zu erfüllen haben.

Letztlich „*wirkt jedes politisch-gesellschaftliche System sich auf den jeweiligen Medienlandschaft sowie die Arbeit und Einstellungen der darin tätigen Journalisten aus*“²⁰. Folgend werden die Rolle der Massenmedien in den zwei vollkommen gegensätzlichen politisch-gesellschaftlichen Systemen in Deutschland und Vietnam unter die Lupe genommen.

3.2 Rolle der Massenmedien in unterschiedlichen politischen Systeme

Das politische System ist maßgeblich prägend für das Mediensystem, nicht nur weil es relevant für die Rechtsordnung ist, die den Rahmen für das Mediensystem bestimmt, sondern auch weil es die politische Kommunikation prägt. Diese wiederum ist über das Mediensystem vermittelt. Ein demokratisches System behandelt und nutzt seine Medien anders als ein kommunistisches Einparteiensystem. Und die Frage, ob und inwieweit Medien in ihren Grundüberzeugungen das gegebene politische System eher stützen oder in Frage stellen, sind weitere wichtige Unterscheidungsmerkmale innerhalb dieser Perspektive.

¹⁹ Vgl. <<https://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-pressefreiheit/massenmedien-und-demokratie>>

²⁰ Meyn; Tonnemacher (2012) S.223

3.2.1 In Deutschland – in einem demokratischen System

Was bedeutet Demokratie?

Die **Demokratie** lebt vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern, sie sind die Basis der Staatsgewalt. In Wahlen und Bürgerentscheiden, durch gesellschaftliches und politisches Engagement, und durch ihr Interesse für die diskutierten Themen legen sie die Grundlage für einen funktionierenden Staat. Die **Massenmedien** bieten die Chance, möglichst viele Staatsbürger mit den politischen und sozialen Auseinandersetzungen zu konfrontieren. Die Ausbildung demokratischer Strukturen erschöpft sich nicht nur in der Ausrichtung freier Wahlen. Konstituierend für eine Demokratie sind unter anderen die Öffentlichkeit des politischen und auch wirtschaftlichen Prozesses, freier Meinungs Austausch sowie freier Zugang zu Informationen für alle.

Das Grundgesetz legt die Prinzipien der politischen Ordnung in Deutschland fest: „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt*“²¹. Es bestimmt das Volk als Ausgangspunkt der staatlichen Gewalt und schützt die Rechte und Freiheit jedes Einzelnen. Das Recht auf freie **Meinungsäußerung** und die daraus resultierende **Pressefreiheit** sind die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaftsform. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem, das von einem hohen Maß an Pressefreiheit geprägt ist. Auf die Dauer kann dieses System nur funktionieren, wenn keiner seiner Machtfaktoren (Regierung, Parlament, Parteien, Interessengruppen und Massenmedien) einen anderen völlig beherrscht. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber, dass Presse, Hörfunk, Fernsehen und Internet frei sind. Können sie nicht frei agieren, herrscht auch keine **Meinungsfreiheit**, eine zweite grundlegende Bedingung demokratischer Gesellschaften. Denn eine freie Meinungsbildung ist nur möglich, wenn die Menschen sich ungehindert und umfassend informieren können, um sich ein eigenes Bild zu machen.

²¹ Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes

Politische Funktionen der Massenmedien in der Demokratie

„Die wichtigste Funktion der Massenmedien in der Demokratie ist das Herstellen von Öffentlichkeit“²². Öffentlichkeit entsteht und besteht heute darin, dass Informationen via Massenmedien öffentlich zugänglich gemacht werden und ein Austausch der verschiedenen Meinungen stattfindet. Ohne Massenmedien wäre Öffentlichkeit auf einen kleinen Raum persönlicher Kommunikation begrenzt. Größere Öffentlichkeit, welche die Gesellschaft insgesamt umfasst, ist immer auf Massenmedien angewiesen. Durch die Bereitstellung, Sichtbarmachung und Verknüpfung von Themen und Stellungnahmen kann sich aus einer Vielzahl einzelner Positionen und Ansichten eine öffentliche Meinung herausbilden.

Politische Entscheidungen in einer Demokratie sind nur legitimierbar, wenn sie Ausdruck des Willens einer Mehrheit der betroffenen Bevölkerung sind. Willensbildung erfordert die Diskussion von Meinungen. Nur solche Meinungen, die in den Massenmedien zu Diskussionsthemen werden, haben die Chance, öffentlich wirksam zu werden. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der Massenmedien. Theoretisch ordnet man den Massenmedien in der demokratischen *Bundesrepublik Deutschland* drei einander zum Teil stark überschneidende politische Funktionen zu²³:

- **Information:** Die Massenmedien sollen so vollständig, sachlich und verständlich wie möglich informieren, damit die Staatsbürger in der Lage sind, mit kritischem Bewusstsein das öffentliche Geschehen zu verfolgen. Sie können politische Entscheidungen nur treffen, wenn sie umfassend informiert sind, unterschiedliche Meinungen kennenlernen und gegeneinander abwägen kann.
- **Mitwirkung an der Meinungsbildung:** Am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung nehmen Massenmedien aber nicht nur als „*Medium*“ im Sinne eines Transportmittels teil. Sie leisten einen Beitrag zur Heranbildung von am politischen Prozess beteiligten Staatsbürgern. Die Aufgabe der Medien besteht darin, die erforderlichen Informationen zu beschaffen, auszuwählen, so zusammenzustellen und kritisch zu kommentieren, dass der Einzelne soziale und politische Zusammenhänge versteht, sich seine eigene Meinung bildet und selbst am politischen Prozess als Wähler, Mitglied einer Partei oder auch einer Bürgerinitiative teilnehmen kann.

²² <<http://www.bpb.de/izpb/7492/warum-medien-wichtig-sind-funktionen-in-der-demokratie?p=all>> [18.02.2017]

²³ Vgl. Meyn; Tonnemacher (2012) S.13

- **Kontrolle und Kritik des politischen Systems:** Oft werden die Massenmedien neben *Exekutive*, *Legislative* und *Justiz* als vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Sie geben den Mitgliedern einer Demokratie die Möglichkeit zur Kritik an den Machträgern, indem sie Opposition und anderen Interessengruppen öffentliches Gehör verschaffen. Darüber hinaus kritisieren sie selbst Staat, Gesellschaft oder Organisationen, die ihre Aufgaben nicht oder nur ungenügend erfüllen. Auch vermutetes Fehlverhalten staatlicher Instanzen muss publiziert werden. Schließlich üben die Medien gegenüber den Machhabern eine Kontrollfunktion aus, indem sie auch solche Informationen verbreiten, die jene gern geheim gehalten hätten. Die Veröffentlichung allein bzw. die Angst davor kann zu Verhaltensänderungen führen oder zu folgen, wie eine Verurteilung oder Abwahl, die durch die Veröffentlichung in Gang gebracht werden.

„Die Massenmedien in Deutschland können ihre Aufgaben jedoch nur unter bestimmten Bedingungen erfüllen“²⁴. Die wichtigsten **rechtliche Sicherung** ist die Verfassungsgarantie für freie Meinungsäußerung und freie Wahl der Informationsquellen. Zweitens sind ein Organisation und Struktur, die Vielfalt der Berichterstattung und Kommentierung ermöglichen sowie ihre Wirksamkeit im Prozess der Meinungs- und Willensbildung unerlässliche **politische Voraussetzungen**. Schließlich gilt eine ausreichende finanzielle Ausstattung als **ökonomische Grundlage** für die funktionierenden Massenmedien.

Zusammenfassend gelten die Medien für eine funktionsfähige und freiheitliche Demokratie (beispielweise in Deutschland) als essentiell. Damit sie ihre Funktionen wahrgenommen und objektiv ausgeführt werden können, müssen die Medien jedoch unabhängig sein. In der Wirklichkeit nehmen jedoch mächtige Akteure (zum Beispiel Regierungen, Großunternehmen, Parteien usw.) durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit (*Public Relations*) regelmäßig mehr oder weniger verdeckten Einfluss auf die Berichterstattung. Theoretisch könnten die Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland hingegen den Gesetzen frei von staatlichen Einflüssen berichten, können sie aber tatsächlich nur mit bestimmten Einschränkungen arbeiten, die nachher in den Kapiteln 4.2 und 4.4 dieser Bachelorarbeit konkreter betrachtet werden.

²⁴ Meyn; Tonnemacher (2012) S.17

3.2.2 In Vietnam – in einem (undemokratischen) Einparteiensystem

Was versteht man unter Einparteiensystem?

Im Gegensatz zu Deutschland – einem demokratisch-parlamentarisch fundierten Staat, in denen mehr Parteien in freier politischer Entfaltung um die Macht im Staat ringen (*Mehrparteiensystem*), wird die Politik in Vietnam von einem **Einparteiensystem** getragen, in denen es nur eine Partei gibt.

*„Unter einem **Einparteiensystem** versteht man ein politisches System, bei dem eine Partei langfristig die alleinige Regierungsgewalt innehat und keine Oppositionsparteien zulässt. Die **Einheitspartei** ist also alleinige Staatspartei und meist einer bestimmten **Ideologie** verpflichtet“²⁵.*

Während in manchen Einparteiensystemen die alleinige **Herrschaft der Einheitspartei** gesetzlich festgeschrieben ist, sind in sogenannten *De-facto-Einparteiensystemen* andere Parteien zwar offiziell zugelassen, haben jedoch aufgrund benachteiligender Gesetze oder offener Repression keine reale Chance auf einen bedeutenden Anteil an der Machtausübung. Daher erfüllt ein *De-facto-Einparteiensystem* nicht zuletzt auch den Zweck einer *Scheindemokratie*: Ein solches System war beispielsweise bis zur Wende 1989 in der DDR vorhanden, wo die sogenannten Blockparteien neben der bestimmenden SED keine Rolle spielten. Oft wird ein solches System durch staatlichen Druck und/oder Gewalt gegenüber der Bevölkerung und unter Einschränkung der Bürgerrechte aufrechterhalten. Seit dem Zusammenbruch des *Realsozialismus* in Europa gibt es heute nur noch zehn Einparteiensysteme, obwohl manche Mehrparteiensysteme de facto als Einparteienstaaten einzustufen sind.

Vietnam ist ein Einparteienstaat, in welchem die **Kommunistische Partei Vietnams** (KPV) die Einheitspartei darstellt und somit das Monopol auf die Macht innehat. Die kommunistische Partei ist, laut Eigenbezeichnung, nach dem **Prinzip des demokratischen Zentralismus**²⁶ aufgebaut, der die Wählbarkeit von unten nach oben und die Rechenschaftspflicht von oben nach unten als zentrales Merkmal besitzt. Sie verpflichtet der **marxistisch-leninistischen Ideologie** - die „von Marx und Engels begründete und von Lenin weiterentwickelte wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, die von der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage der

²⁵ <<https://de.wikipedia.org/wiki/Einparteiensystem>> [18.02.2017]

²⁶ Das Prinzip bezeichnet das Organisations- und Führungsprinzip, welches von Lenin für die Kommunistischen Parteien entwickelt wurde. Hauptpunkt des Demokratischen Zentralismus ist der hierarchisch-zentralistische Aufbau von Staat und Partei.

*Erfahrungen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus und der Praxis des revolutionären Befreiungskampfes ständig bereichert wird*²⁷. Theoretisch soll die Politik der KPV Ausdruck des Willens der Mehrheit des Volkes beziehungsweise der Arbeiterklasse vertreten.

Die aktuelle Verfassung Vietnams, die im November 2013 verabschiedet wurde, legt die Gleichheit aller Bürger des Landes vor dem Gesetz fest und räumt formell allen Bürgern Grundrechte ein, zu denen *Meinungs- und Pressefreiheit* gehören. Aufgrund der staatlichen Zensur und Kontrolle durch die kommunistische Partei ist es den Bürgern allerdings nur in beschränktem Umfang möglich, diese Grundrechte in Anspruch zu nehmen.

Politische Funktionen der Massenmedien im Einparteiensystem

*„Alle Medien in Vietnam sind **Sprachrohr der Regierung und Propagandaorgan der Partei** zugleich. Sie sollen den sozialistischen Staat schützen, politische Stabilität sichern und die Verbreitung antisozialistischer Ideologie verhindern“*²⁸. Veröffentlichungen, die den nationalen Interessen schaden oder die nationale Einheit und Sicherheit gefährden, sind ausdrücklich verboten. Dies trifft auch auf öffentliche parteikritische Stellungnahmen und auf Publikationen zu.

Regierung und Partei kontrollieren die gesamten Medien. Der Staat bzw. die KPV lässt ganze Themenfelder sperren, geben die Richtung der Argumentation sowie detaillierte Sprachformulierungen vor. Seine Perfektion erlangt das sozialistische Mediensystem vor allem durch die **Selbstzensur der Journalisten**, die meisten Angst vor beruflichem Abstieg und weiteren Nachteilen haben. *„Der sozialistische Journalist ist Funktionär der Partei der Arbeiterklasse, einer anderen Blockpartei bzw. einer gesellschaftlichen Organisation und der sozialistischen Staatsmacht, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt. Er hilft, das Vertrauen des Volkes zu Partei und Staat zu festigen“*²⁹.

²⁷ Meyers (1979) S. 81

²⁸ Brauer; Schulze (2011) <<http://www.kas.de/wf/de/33.29345/>>

²⁹ Autorenkollektiv der Sektion Journalistik der Karl-Marx Universität Leipzig (1984)

Seit Einleitung des *Erneuerung Prozesses 1986* (vietnamesisch „*Đổi Mới*“)³⁰ wurden die staatliche Subventionen für die Massenmedien weitestgehend gestrichen. Die neu erlangte finanzielle Autonomie bietet vor allem der Mehrzahl der Printmedien etwas mehr Freiraum was die inhaltliche Gestaltung ihrer Produkte anbelangt. Nichtsdestotrotz fungieren alle Medien in Vietnam immer noch als Handlanger der Politik. In letzter Zeit berichten staatlich finanzierte Printmedien verstärkt über negative Erscheinungen wie Korruption in der Administration und in der Wirtschaft. „Die vietnamesische Regierung setzt daher gezielt die Printmedien als Propagandamittel im Kampf gegen Korruption ein“³¹. Es wird jedoch nur auf den unteren Regierungsebenen statuiert. Nachrichtenerstattungen über Korruptionsfälle in den oberen politischen Rängen werden von der Regierung bzw. von der Partei nicht geduldet.

³⁰ die 1986 in Vietnam initiierten marktwirtschaftlichen Reformen als Reaktion auf eine schwere Wirtschaftskrise, auf das Zusammenbrechen der *Sowjetunion* und auf den Reformprozess in der *Volksrepublik China*

³¹ Brauer; Schulze (2011)

4 Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland

4.1 Überblick über das deutsche Mediensystem

In Deutschland haben Massenmedien einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung, sie informieren und machen politische Beteiligung möglich. In fast allen Bereichen der Massenmedien konkurrieren private mit öffentlich-rechtlichen Anbietern. Zwar sind die meisten der überregionalen und regionalen Abonnementzeitungen in Deutschland in privater Hand, bei den Rundfunk- und Fernsehsendern aber existiert das sogenannte duale Rundfunksystem: ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten, meist werbefinanzierten Sendern.

Hörfunk und Fernsehen (duales Rundfunksystem)

Bei Hörfunk und Fernsehen (Rundfunk) existieren öffentlich-rechtliche und private Anbieter nebeneinander. Den **öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten** (ARD, ZDF und Deutschlandradio), die nach 1945 gegründet wurden, kommt vor allem eine besondere Bedeutung zu. Laut Bundesverfassungsgericht sollen sie die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen und Unterhaltung gewährleisten. Um diese Aufgabe unabhängig vom Staat und wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen zu können, werden sie durch Beiträge aller Bürgerinnen und Bürger (bzw. ihrer Hörer und Zuschauer), Unternehmen und andere Institutionen finanziert. Inzwischen erzielen sie einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen mit Werbeeinblendungen. Nach dem Beitritt der neuen Länder, aber auch durch Zusammenschlüsse, gibt es in Deutschland insgesamt neun **Landesrundfunkanstalten**. Zusammen mit dem **Gemeinschaftsprogramm** (das *Erste* und *Zweite Deutsche Fernsehen* - ZDF) verbreiten sie eigene Hörfunk- und Fernsehprogramme. Kontrolliert werden die öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Rundfunk- und Verwaltungsräte, die sich aus Vertretern gesellschaftlich wichtiger Gruppen zusammensetzen. Auf der anderen Seite bieten die **privaten Sender** in Deutschland seit 1984 Hörfunk- und Fernsehprogramme an. Sie finanzieren sich durch Werbeeinnahmen oder durch Gebühren, die die Zuschauer für empfangene Sendungen zahlen (*Pay-TV*).

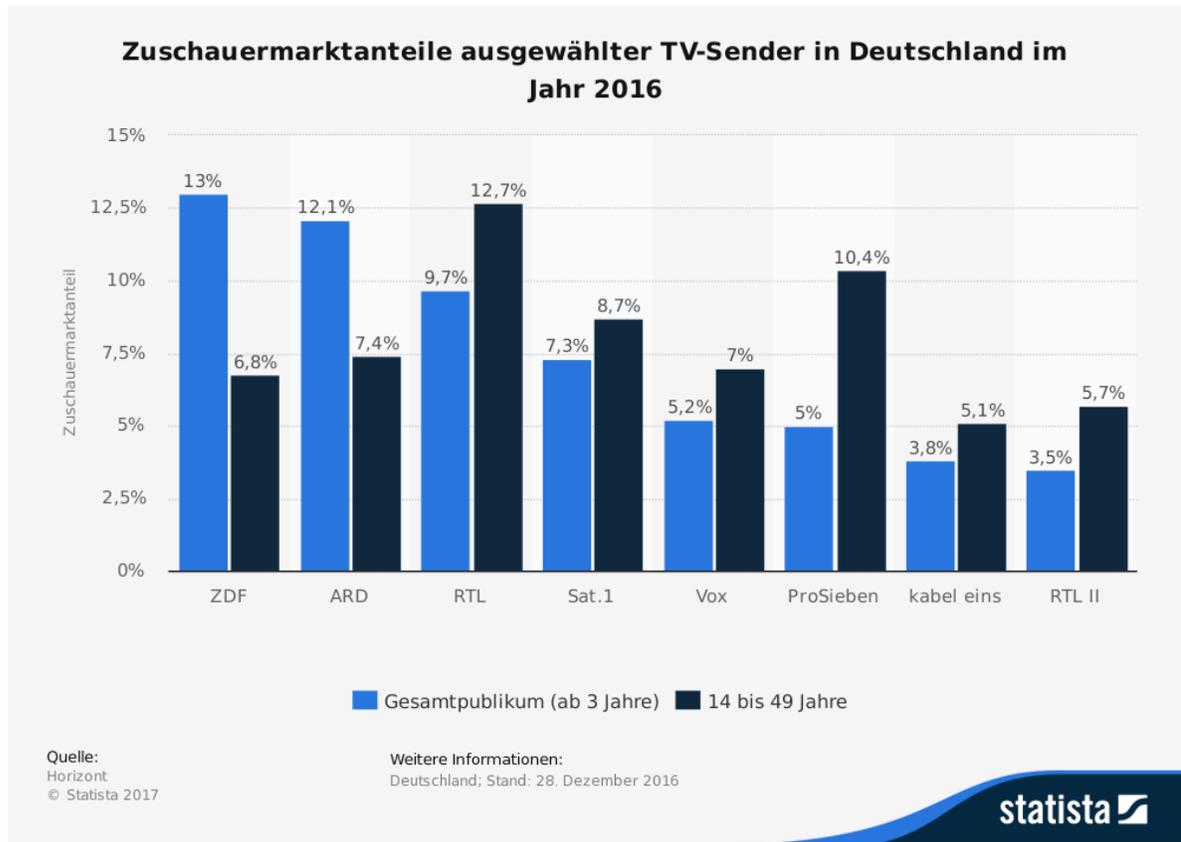


Abbildung 1 – Zuschauermarktanteile der TV-Sender in Deutschland 2016

Die oben Statistik³² zeigt die **Einschaltquoten** (Zuschauermarktanteile) der TV-Sender in Deutschland im Jahr 2016. Der erfolgreichsten private Sender ist RTL. Mit einer Einschaltquote beim Gesamtpublikum von 9,7 Prozenten und bei den 14- bis 49-Jährigen von 12,7 Prozenten liegt er fast gleichauf mit den beiden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In der werberelevanten Zielgruppe liegen ProSieben (mit 10,4 Prozenten) und die Sat.1 (mit 8,7 Prozenten) auf den Plätzen zwei und drei.

Ergänzt wird dieses Angebot durch eine Reihe von sogenannten **Offenen Fernsehen- und Hörfunkkanälen**, die lokal oder regional nichtprofessionelle Beiträge aus der Bevölkerung verbreiten und von Landesmedienanstalten getragen werden. Solchen Angeboten gibt es in Vietnam aber nicht.

³² Erhebung durch AGF; GfK; Media Control; Horizont (eigene Berechnungen) Stand: 28.12.2016
 < <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214350/umfrage/marktanteile-der-tv-sender-in-deutschland/>>

Zeitungen und Zeitschriften

Deutschland ist der größte Zeitungsmarkt Europas und der fünftgrößte der Welt, so der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) anlässlich seiner *Veröffentlichung von Zahlen und Daten zu deutschen Zeitungen 2016*³³. Pro Erscheinungstag werden 16,08 Millionen Tageszeitungen sowie knapp fünf Millionen Wochen- und Sonntagszeitungen verkauft. Das Zeitungsangebot in Deutschland ist im internationalen Vergleich sehr vielfältig. Zeitungen und Zeitschriften unterscheiden sich in Niveau, Zielgruppen und Verbreitungsgebiet.

Zeitungen	Auflagen
329 lokale und regionale Abonnementzeitungen	12,2 Millionen
7 überregionale Zeitungen	1,1 Millionen
8 Straßenverkaufszeitungen	2,8 Millionen
344 Tageszeitungen gesamt	16,08 Millionen
20 Wochenzeitungen	1,7 Millionen
7 Sonntagszeitungen	2,7 Millionen

Tabelle 1 - Deutsche Zeitungen 2016 auf einen Blick

Zeitungs- und Zeitschriftenverlage sind fast ausnahmslos in privatem Besitz. Sie geben 344 Zeitungen (Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen) mit einer Gesamtauflage von 16,08 Millionen Exemplaren heraus. Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, dass viele Tageszeitungen mit mehreren Lokalausgaben unter verschiedenen Namen erscheinen. Man nennt sie *Publizistische Einheiten*. Sie haben eine Vollredaktion und für die verschiedenen Lokalausgaben jeweils eine Lokalredaktion. An der Zahl der Vollredaktion ist der **Konzentrationsprozess** ablesbar: 2009 gab es 134 publizistische Einheiten mit 1.511 Zeitungsausgaben³⁴. Im Jahr 2016 wurden nur noch 129 Tageszeitungstitel veröffentlicht.

Daneben erscheinen 2016 in Deutschland 1589 Publikumszeitschriften mit einer Auflage von 97,53 Millionen Exemplaren. Dazu zählen Illustrierte, Programm-, Frauen-, Jugend-, Kinderzeitschriften. Die auflagenstärksten Zeitschriften in Deutschland sind die Programmzeitschriften tv14, TV Digital, TV Direkt und Hörzu (Stand: 4. Quartal 2016)³⁵.

³³ <https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF_2016.pdf> [18.02.2017]

³⁴ <<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39327/massenmedien>> [19.02.2017]

³⁵ <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36716/umfrage/die-groessten-zeitschriften-nach-auflage/>>

Eine meinungsführende Rolle kommt neben dem Fernsehen den überregionalen Tageszeitungen und den großen Wochenzeitungen und Magazinen zu, weil sie von vielen politisch besonders Interessierten gelesen werden, die Einfluss auf die Meinungen ihrer Umgebung haben und als "Meinungsführer" genannt werden. An ihnen orientieren sich auch Journalisten vieler anderer Zeitungen. Die Vielzahl der politisch relevanten Zeitungen kann folgendermaßen unterteilt werden:

- Überregionale Tageszeitungen (zum Beispiel *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt*, *Frankfurter Rundschau* usw.) gelten als wichtigste Träger der argumentativen öffentlichen Meinung auf nationaler Ebene.
- Regionale und lokale Abonnementszeitungen entwickeln mehr oder weniger politisches Profil
- Straßenverkaufszeitungen bzw. „*Boulevard-Blätter*“ beispielweise die auflagenstarke *Bild-Zeitung*, *Abendzeitung*, *BZ* oder *Express* spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle in der politischen Meinungsbildung. Dabei werden populäre Themen mit geringem Informationsgehalt in auffälliger Aufmachung vermarktet.
- Wochenzeitungen wie *Die Zeit*, *Rheinischer Merkur*, *Das Parlament* und politische Magazine wie *Der Spiegel*, *Focus* ordnen Tagesereignisse in größere Zusammenhänge ein, vermitteln Hintergrundinformationen und gehören zu den meinungsführenden Blättern Deutschlands.
- Die Parteipresse hat in der Bundesrepublik untergeordnete Bedeutung. Nachdem die SPD ihre Wochenzeitung *Vorwärts* aus Kostengründen einstellte, verfügt nur noch die CSU über eigene Presseorgane (*Bayernkurier*).

Internet

Durch die Entwicklung des Internets und der neuen Informationstechniken hat sich die deutsche Medienlandschaft stark verändert. Besonders erwähnenswert sind die Internet-Plattformen der Zeitungen wie *Spiegel.de*, *bild.de* oder *FAZ.net*. **E-Paper** (online Auftritt von Printmedien) ist weiter auf dem Vormarsch und wächst kräftig, sowohl bei Auflagen als auch bei der Werbung. **Newsletter**, ein umfangreiches Angebot an weiterführenden Hintergrundinformationen und vor allem auch der **Zugang zu Archiven** stehen zur Verfügung. Das **Angebot der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender und Hörfunkanstalten im Internet** stellt ebenfalls eine deutliche Bereicherung an Informationen und ein weiteres Angebot zur Meinungsbildung dar.

Zur Meinungsbildung trägt auch das Internet in nicht unerheblichem Umfang bei. Neben neuen Angeboten von Informationsportalen im Internet haben sich auch im Onlinebereich neue Medienangebote entwickelt und zu einer veränderten Mediennutzung der Verbraucher geführt.

Die deutsche Medienpolitik

Die große Bedeutung, die den Medien zukommt, erfordert seitens der Bundesregierungen eine bewusste **Medienpolitik**. Diese beinhaltet sowohl *ordnende Elemente* (Grundlagen und Rahmenbestimmungen), *Elemente der Ressourcenbeschaffung* als auch eine *aktive Programmpolitik*. Bei letzterem werden die Struktur der kommunizierten Medieninhalte und der Anteil an Information geregelt, nicht aber deren Inhalt. Auf der Bundesebene ist hierfür im engeren Sinne der *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien* zuständig. Auf der Länderebene sorgen zum Beispiel die *Landesrundfunkanstalten* für eine Ausgestaltung der Medienpolitik in den öffentlich-rechtlichen Medien.

Die zunehmende Konzentration der Macht ist auch Folge der **Medienkonzentration**. Darunter ist die **Konzentration von Medienanbietern** bezogen auf ihren Marktanteil sowie die **Verflechtung zwischen einzelnen Mediensegmenten** zu verstehen. Im Zeitungssektor beispielweise stammten rund 60 Prozent aller verkauften Zeitungsexemplare aus nur zehn führenden Verlagsgruppen, also „könnte es von einem Meinungsmonopol dieser Verlage gesprochen werden“³⁶. Unternehmerische Verflechtungen zwischen Verlagen und Rundfunkanstalten sind inzwischen großflächig vorzufinden und im Rahmen der Sicherung der Meinungsvielfalt von besonderer Bedeutung.

³⁶ <<https://www.bundestag.de/blob/417978/c0c781c1444e19c09ab51f52847fd347/wd-10-006-16-pdf-data.pdf>> [19.02.2017]

4.2 Grenzen der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit

Artikel 5- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

(1) „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

(2) „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Das deutsche Grundgesetz schützt die *Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit* im Artikel 5, Absatz 1. Damit wird in erster Linie der Schutz vor staatlichen Eingriffen gewährleistet, zum Beispiel: Meinungsäußerungen sind nicht strafbar, staatliche Überwachung und Unterdrückung von Veröffentlichungen sind unzulässig, Behörden müssen Publikationsorganen Auskunft geben, Journalisten brauchen Informanten nicht preiszugeben. Auf diese Weise dienen die Medien als Mittler zwischen der Politik und den Bürgern – als Transmissionsriemen bei der Willensbildung.

Trotz allgemein deklarerter Verfassungsgrundsätze unterliegt jedoch auch die *Meinungs- und Pressefreiheit* in Deutschland gewissen Einschränkungen. Zum Beispiel schützt Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes den Einzelnen gegen die Macht der Medien. Schwierig ist die Abwägung zwischen der Freiheit der Berichterstattung und dem **Recht an der eigenen Persönlichkeit**, zu dem der *Schutz der persönlichen Ehre*, das *Recht am eigenen Bild* und der *Schutz der Privatsphäre* gehören.

Die Medien müssen sich auch Zurückhaltung auferlegen und das **Persönlichkeitsrecht** beachten, wenn sie über Straftaten berichten. Bis zur rechtskräftigen Verurteilung von Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung. Menschen, die vor Gericht stehen, dürfen vor dem Urteilsspruch nicht als „*schuldig*“ bezeichnet werden und sind vor einer möglicherweise völlig unberechtigten Bloßstellung der Öffentlichkeit zu bewahren.

Das **Recht der persönlichen Ehre** schützt den Betroffenen vor Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung. Ein Journalist, der eine Tatsachenbehauptung über einen anderen aufstellt oder verbreitet, die jenen verächtlich machen oder in der öffentlichen Meinung herabwürdigen kann, verstößt gegen das Strafgesetzbuch und kann sich nicht auf die Pressefreiheit berufen, wenn er sich die Wahrheit der Behauptung nicht nachweisen kann. Zu beachten ist, dass auch eine an sich wertneutrale Tatsachenbehauptung, die keine **Ehrverletzung** darstellt, gleichwohl rechtswidrig sein kann, weil sie jedenfalls unwahr ist und deshalb den Betroffenen verletzen kann. Bei *unrichtigen Tatsachenbehauptungen* (nicht aber bei *Werturteilen* und *Meinungsäußerungen*) besteht ein Anspruch auf eine **Gegendarstellung**. Die Gegendarstellung muss im gleichen Teil der Zeitung oder Zeitschrift erschienen wie die erste Mitteilung. Gleichwertig müssen auch die optische Aufmachung und das Schriftbild sein. Es ist also nicht zulässig, die Gegendarstellung an unauffälliger Stelle zu verstecken.

Das Recht am eigenen Bild schützt den Bürger davor, ohne Einwilligung fotografiert zu werden. Allerdings dürfen von *Personen der Zeitgeschichte* (dazu zählen Politiker, Künstler, Wissenschaftler usw. aber auch jene, die nur vorübergehend mit einem auffälligen Ereignis das Informationsinteresse der Öffentlichkeit erregen) ohne deren Zustimmung Fotos verbreitet werden. Durch eine Veröffentlichung dürfen keine berechtigten Interessen des Abgebildeten verletzt werden. Besonders entschied der Bundesgerichtshof, von Prominenten dürften zum **Schutz ihre Privatsphäre** auch an öffentlich zugänglichen Orten keine Fotos publiziert werden, wenn sie sich unbeobachtet fühlen konnten.

Der Artikel 5 des Grundgesetzes hebt durch ausdrückliche Nennung den **Jugendschutz** als wichtige Schranke der Medienfreiheit hervor. **Jugendmedienschutz** ist der Oberbegriff für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor einer gedeihlichen Entwicklung und schädlichen Medieneinflüssen - beispielsweise durch Gewaltdarstellungen, Pornografie und politischen Extremismus. Das vom Bund erlassene Jugendschutzgesetz betrifft alle Trägermedien (Presse, Rundfunk, Filme, Internet usw.). Durch die jüngste Entwicklung der Medien, insbesondere durch das Internet ist diese Aufgabe schwieriger, aber deshalb nur noch bedeutsamer geworden. Unter der **Altersfreigabe** versteht man die vom Gesetzgeber geregelte Freigabe von Filmen, Computerspielen und Musik für Kinder und Jugendliche, ab einem bestimmten Alter und unter gewissen Voraussetzungen. Öffentlich-rechtliche Sender sind von den Altersfreigaben ausgenommen und dürfen sich Ausnahmen nach eigenem Ermessen erteilen. Den *Jugendmedienschutz-Staatsvertrag* hat die Kommission für Jugendschutz

(KJM) als Organ der Landesmedienanstalten ins Leben gerufen. Sie überprüft den privaten Rundfunk und die Telemedien anhand von grundlegenden gesellschaftlichen Wertekriterien (nämlich *Menschenwürde* und *Sozialverträglichkeit*). Die Webseite [Jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net) wurde 1997 von den Jugendministern der Bundesländer gegründet, um Angebote im Internet zu überprüfen und einzustufen.

Außer dem *Jugendschutzgesetz* und dem *Recht der persönlichen Ehre* kann der Spielraum der *Meinungs-* und *Pressefreiheit* durch andere *rechtliche*, aber auch kulturelle und militärische **Barrieren** eingeschränkt werden. Hierunter werden nur einige Stichpunkte aufgelistet:³⁷

- Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung; Volksverhetzung, NS-Verherrlichung, Gebrauch von Symbolen der NS-Herrschaft sowie Holocaustleugnung
- Diskriminierungsverbot aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder anderer Merkmale („*Alle Menschen sind gleich*“- Artikel 3 des Grundgesetzes)
- Schutz von Religionsbekenntnissen sowie Ehe und Familie, die Glaubensfreiheit (Artikel 4 des Grundgesetzes), das Recht auf freie Meinungsäußerung (satirischen Darstellungen)
- Schutz der inneren Sicherheit: „*etwa die Aufdeckung wesentlicher Schwächen der Verteidigungsbereitschaft trotz der zunächst damit verbundenen militärischen Nachteile für das Wohl der Bundesrepublik auf lange Sicht kann wichtiger sein als die Geheimhaltung*“ (Sicherheitsgesetze)
- Internetrecht: Regelung von Publikationen auf Onlineseiten, die Frage der Verantwortlichkeit für extern verlinkte Seiten oder Fragen des Markenschutzes.
- Urheberrecht: der Schutz des geistigen Eigentums, Rahmen und Grenzen der Kunst- und Publikationsfreiheit

³⁷ <<http://www.bpb.de/apuz/231303/pressefreiheit-in-deutschland?p=all>> [19.02.2017]

4.3 Journalisten in Deutschland

Wie viele Journalisten gibt es in Deutschland?

Auf Grund unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen und Berufsbezeichnungen je nach Datenquelle ist die Statistik über Journalistinnen und Journalisten generell ungenau. Seit Wegfall der amtlichen Pressestatistik basieren die Zahlen auf Erhebungen von Verbänden und Wissenschaftlern. Es handelt sich also um qualifizierte Schätzzahlen. Dabei geht der jüngste *wissenschaftliche Journalisten Report*³⁸ von einer niedrigeren Grundgesamtheit (48.000 Hauptberufliche) aus als der *Deutscher Journalisten- Verband (DJV)*, der für das Jahr 2012 auf 72.500 hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten kommt. Diese Differenz hängt unter anderem damit zusammen, dass die Wissenschaft mit Blick auf internationale Vergleichbarkeit bestimmte Berufsbereiche ausklammert (zum Beispiel *Bildjournalisten, Journalisten in Pressestellen* und jene *Freiberufler*, die einen erheblichen Teil ihres Lebensunterhaltes aus nichtjournalistischer Tätigkeit verdienen).

Meist wird die Bezeichnung **Journalist** als Synonym für *Reporter* verwandt, jedoch können auch *Redakteure, Texter, Korrespondenten* und *Moderatoren* zu den *Journalisten* zählen. Und beim gesprochenen und geschriebenen Wort ist noch lange nicht Schluss, der Beruf *Journalist* bezieht sich ebenso auf den Video- und Fotobereich. Breiter zählt die Arbeitsagentur dazu unter anderem auch *Publizisten, Schriftsteller* und *Öffentlichkeitsarbeiter*. Entsprechend weichen ihre statistischen Zahlen nach oben ab: 160.000 Erwerbstätige ordnet sie 2011 dem **publizistischen/journalistischen Berufsfeld** zu, davon 68.300 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und 68.000 Freiberufler³⁹. Der DJV geht in seiner Statistik nur von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aus.

Die größte Gruppe der hauptberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten in Deutschland arbeitet demnach bei der Presse, davon wiederum die meisten in Lokalredaktionen bei Tageszeitungen. Was nicht zwangsweise bedeutet, dass sie es mit weniger spannenden Themen zu tun haben. Die Themen sind wahrscheinlich nur von weniger globaler Relevanz. Ein Drittel aller festangestellten Journalisten in Deutschland arbeitet bei Tageszeitungen, aber auch das Fernsehen, zahlreiche Online- sowie Print-Magazine und Radiosender brauchen Journalisten.

³⁸ Weischenberg et.al. (2006)

³⁹ Die Zahlen beruhen auf Angaben der *Berufsverbände*, der Wissenschaft und auf Statistiken von Institutionen wie dem *Presseversorgungswerk* und der *Künstlersozialkasse*.

Branchen	Anzahl der festangestellten Journalistinnen/Journalisten
Tageszeitungen	Ca. 13.500
Rundfunk	Ca. 9.000
Zeitschriften/Anzeigenblätter	Ca. 9.000
Pressestellen	Ca. 7.000
Online/Multimedia	Ca. 4.000
Agenturen/Pressebüro	Ca. 1.000
Festangestellte gesamt	Ca. 43.500

Tabelle 2 - Festangestellte Journalistinnen und Journalisten (qualifizierte Schätzzahlen) ⁴⁰

Hinzu kommen etwa 3.000 Volontäre und 26.000 freie, hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten, die sich der *Künstlersozialkasse* angeschlossen haben. Die tatsächliche Zahl der Freien lässt sich schwer schätzen. Berufsforscher gehen davon aus, dass es künftig weitaus mehr freiberufliche Journalisten geben wird.

Deutsches Presserat

Da eine staatliche Kontrolle für die Journalisten und Verleger nicht hinnehmbar war, kam es dann am 20. November 1956 nach dem Vorbild des britischen *Press Council* zur Gründung des **Deutschen Presserates**. Politisches Ziel ist es, durch **freiwillige Selbstkontrolle** eine Kontrolle der gedruckten Medien durch staatliche Aufsichtsstellen zu verhindern. Basis des Presserats ist ein eingetragener Verein. Diesem gehören zwei Verleger- und zwei Journalistenorganisationen an:

- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV)
- Deutscher Journalisten-Verband (DJV)
- Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di
- Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ)

⁴⁰ Quelle: <<https://www.djv.de/startseite/info/themen-wissen/aus-und-weiterbildung/arbeitsmarkt-und-berufschancen.html>> [19.02.2017]

Die beiden Hauptorgane des Presserats sind der *Trägerverein* und das *Plenum*. Der **Trägerverein** besteht aus acht Mitgliedern, darunter jeweils zwei aus den vier Mitgliedsverbänden. Dieser beschäftigt sich mit finanziellen, personellen und organisatorischen Grundlagen des Presserats⁴¹. Er hat die Aufgabe, für die Pressefreiheit und die Wahrung des Ansehens der deutschen Presse einzutreten. Über inhaltliche ethische Fragen, wie neue Richtlinien für den Kodex oder öffentliche Stellungnahmen, diskutiert das **Plenum** (die Vollversammlung des Presserats). Dieses 28-köpfige Gremium trifft sich zwei Mal im Jahr. Die Vertreter werden von den vier Trägerorganisationen gewählt und sind ehrenamtlich tätig. Ferner bestimmt das *Plenum* die Mitglieder der drei *Beschwerdeausschüsse* (zwei Ausschüsse behandeln allgemeine Beschwerden und ein dritter befasst sich mit Fragen des Redaktionsdatenschutzes). Sie tagen viermal im Jahr und bewerten die *Beschwerden* auf Basis des sogenannten *Pressekodex*.

Der Deutsche Presserat hat seine publizistischen Grundsätze als **Pressekodex** ausgearbeitet, der 1973 erstmals veröffentlicht und seither vielfach überarbeitet wurde. Verstößt ein Presseunternehmen in Print- oder Onlinemedien vermeintlich gegen einen oder mehrere dieser **publizistischen Grundsätze**, ist es jedem möglich, eine *Beschwerde* beim *Presserat* einzureichen. In seinen Sitzungen entscheidet das *Gremium*, ob die *Beschwerde* begründet ist. Es hat dann die Möglichkeit, folgende Maßnahmen zu ergreifen. Die *öffentliche Rüge* ist die härteste Sanktion der *Beschwerdeausschüsse*. Sie muss von der Redaktion in einer ihrer nächsten Ausgaben veröffentlicht werden. Zum Schutz von Betroffenen kann die Rüge auch *nicht-öffentlich* ausgesprochen werden. Zweitschärfste Maßnahme ist die *Missbilligung*. Der Presserat empfiehlt eine Veröffentlichung, sie ist jedoch nicht zwingend. Ferner kann der Presserat einen *Hinweis an eine betreffende Redaktion* aussprechen.

Insgesamt erreichten den *Deutschen Presserat* im Jahr 2016 rund 1.700 **Beschwerden**. Das sind etwas weniger als in den beiden Vorjahren. Im Jahr 2015 waren es 2.358, im Jahr davor 2.009 Beschwerden⁴². Verglichen mit den weiter zurückliegenden Jahren, in denen die Zahl der Beschwerden zwischen 1.200 und 1.600 lag, ist das Niveau für 2016 immer noch hoch. Dabei ging es vor allem um Kritik an *unangemessen sensationeller Berichterstattung* und um die *Verletzung von Persönlichkeitsrechten* der Opfer, die zum Teil auf Fotos erkennbar gezeigt oder deren Namen

⁴¹ <<http://www.presserat.de/presserat/aufgaben-organisation/>> [19.02.2017]

⁴² <<https://deutsch.rt.com/inland/44446-nennung-herkunft-straftaeter-presserat-deutschland-reichert-bild-online-beschwerden/>> [19.02.2017]

genannt wurden. Die präsentierten Zahlen zeigen auch, dass auf die Beschwerden nur selten **Rügen** folgen: Der Presserat sprach im Jahr 2016 insgesamt 33 Rügen aus, im vergangenen waren es noch 35⁴³. Rügen wurden vor allem wegen des *Verstoßes gegen das Gebot der Trennung von Werbung und Redaktion* (nach Ziffer 7 im Pressekodex), des *Verstoßes gegen Persönlichkeitsrechte* (Ziffer 8) und wegen *unangemessen sensationeller Darstellung* von Gewalt, Brutalität und Leid (Ziffer 11) ausgesprochen. Von den 33 ausgesprochenen Rügen betreffen 13 die *BILD-Gruppe*, davon alleine zehn für *BILD-Online*⁴⁴.

Die Geschäftsstelle organisiert die Arbeit des Presserats und seiner Ausschüsse. Gleichzeitig ist sie Ansprechpartner für Leser, Journalisten und Verleger. Finanziert wird die Arbeit des Presserats aus zwei Quellen: Zum einen entrichten die Trägerverbände Beiträge. Zum anderen gewährt der Bund seit 1976 jährlich einen zweckgebundenen Zuschuss für die Arbeit des Beschwerdeausschusses.

Der Presserat hat sich im Laufe seines Bestehens mit zahlreichen Beschwerden, Anfragen, Gesetzesvorhaben und Ereignissen befasst, die im Hinblick auf die Pressefreiheit und das Ansehen von grundsätzlicher Bedeutung sind. Beispielweise befasst er sich mit der Beseitigung von Missständen im Pressewesen und tritt für den ungehinderten Zugang zu Nachrichtenquellen ein. Seit längerer Zeit wird aber im Presserat eine **Modernisierung** überlegt, denn bisher ist der Presserat auf Printmedien und Printmedien mit Online-Präsenz beschränkt. Zu den Überlegungen gehören ein besonderer *Onlinekodex* und die Regulierung der von Nutzern eingestellten Formate wie Blogs, Videos und Podcasts.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

Arbeitsbedingungen der Journalisten in Deutschland

Um den journalistischen Aufgaben in einer Demokratie gerecht zu werden, ist journalistische Autonomie erforderlich. Journalisten müssen unzensuriert zu Wort kommen können und auch brisante Themen von gesellschaftlicher Relevanz angehen. Dies setzt eine gesetzlich garantierte **Unabhängigkeit vom Staat** voraus. Ebenso relevant ist in diesem Kontext jedoch die **Innere Pressefreiheit** - eine garantierte Pressefreiheit innerhalb von Medieninstitutionen. Die Freiheit zur unabhängigen Berichterstattung, die die Meinungsbildung und Meinungsäußerung gegen kommerzielle Einflüsse ermöglicht und die Medien als Organ der öffentlichen Meinung schützt.

In Deutschland haben die Arbeitsbedingungen für Journalisten sich über die Jahrzehnte hinweg kaum zum Positiven verändert. Heute beherrschen Rationalisierungs- und Leistungsdruck, Dumpinglöhne sowie Selbstausbeutung die Redaktionen. Wer sich dennoch bewusst dafür entscheidet, als Journalist seinen Lebensunterhalt zu verdienen, der entscheidet sich für einen anspruchsvollen und vielschichtigen, mit Privilegien und Pflichten ausgestatteten Beruf, dessen Erfolg nicht mehr journalistisch beurteilt, sondern gemessen wird (anhand der Auflage, der Quote, der Zahl der Klicks und Besuche von Webseiten sowie der Reichweiten). Zudem konkurrieren *ausgebildete Journalisten* heute mit einer Vielzahl von *Laienschreibern*, die dank des Internets eine jederzeit verfügbare Publikationsplattform an ihrer Seite haben.

4.4 Situation der Pressefreiheit bzw. Medienzensuren in Deutschland

Die internationale Menschenrechtsorganisation *Reporter ohne Grenzen* (ROG) erstellt jedes Jahr eine Rangliste der Nationen nach Maßgabe der tatsächlich vorherrschenden Meinungs- und Pressefreiheit. Im weltweiten Vergleich stehen auf den oberen Plätzen der **Rangliste der Pressefreiheit 2016** ausschließlich Länder mit demokratisch verfassten Regierungen, in denen die Gewaltenteilung funktioniert. In diesen Ländern sorgt eine unabhängige Gerichtsbarkeit dafür, dass Mindeststandards tatsächlich von Gesetzgebung und Regierung respektiert werden. Hierzu zählen vor allem die meisten EU-Staaten einschließlich Deutschland. Demokratie in den Medien bedeutet, dass die in Deutschland und in Europa herrschende Interessenvielfalt auf allen Gebieten in den Medien repräsentiert wird.

In der Regel sind alle Strafen für Meinungsäußerungen, Zensuren oder Einschränkungen der Informationsfreiheit in Deutschland unzulässig. Besonders „*gehören die **Privilegien der Journalisten** zu den zentralen Errungenschaften einer Demokratie*“⁴⁵. Sie sind zu bewahren und gegenüber Angriffen und Versuchen der Einschränkung zu verteidigen. Die bestehenden Privilegien sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat, nicht gegenüber anderen Privaten. Alle Rechte, mit Ausnahme des allgemeinen *Persönlichkeitsrechts* und der *inneren und äußeren Sicherheit*, sind der Pressefreiheit nachzuordnen.

Generell sind die Arbeitsbedingungen für Journalisten in Deutschland gut, aber in den vergangenen Jahren schlechter geworden. In der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von *Reporter ohne Grenzen* rutschte Deutschland 2016 auf Platz 16 ab (vom Platz 12 im Jahr 2015) und hielt sich damit im Mittelfeld der EU-Staaten. Nicht, weil der türkische Präsident Erdogan neuerdings auch hier versucht reinzureden, sondern weil rechte Gruppierungen hierzulande die Pressefreiheit gefährden. Folgend werden unterschiedliche Aspekte der Pressefreiheit Situation in Deutschland betrachtet, die auf den Zeitraum von Anfang Januar 2015 bis Ende März 2016 beziehen und aus der Sicht von ROG in ihrem jährlichen *Länderbericht*⁴⁶ veröffentlicht wurden.

⁴⁵ <<https://www.dfjv.de/ueber-uns/medienpolitik/pressefreiheit>> [19.02.2017]

⁴⁶ <<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/deutschland/nahaufnahme/2016/>> [19.02.2017]

Die Zahl der **Angriffe, Drohungen und Beleidigungen gegen Journalisten** ist sprunghaft gestiegen. Mindestens 39 gewalttätige Übergriffe zählte ROG im Jahr 2015. Zu Gewalt kam es meist auf Demonstrationen rechter Gruppen oder Gegendemonstrationen. In der Kritik stand dabei auch die Polizei, der wiederholt Untätigkeit vorgeworfen wurde. Auch Fälle verbaler Bedrohung, Beschimpfung und Beleidigung von Journalisten nahmen 2015 rapide zu. Die aggressive Stimmung gegen die Medien wurde von prominenten Köpfen rechter Bewegungen geschürt. Die Partei *Alternative für Deutschland* schloss Journalisten immer wieder von Veranstaltungen aus.

Neben der uneingeschränkten Berufsausübung der Journalisten ist der **Schutz ihrer Berufsgeheimnisse** auch ein wichtiges Kriterium der Pressefreiheit. Erstmals seit mehr als 30 Jahren ermittelte die Bundesanwaltschaft im Juli 2015 wieder gegen zwei Journalisten, die auf ihrem Blog netzpolitik.org über den geheimen Ausbau der Internetüberwachung durch den Verfassungsschutz berichtet und als vertraulich eingestufte Originaldokumente veröffentlicht hatten. Nach bundesweiten Protesten wurden die Ermittlungen gegen die Blogger wenig später eingestellt. Nicht eingestellt wurden jedoch die Ermittlungen gegen „Unbekannt“, also gegen den Informanten. Um auf den unzureichenden Schutz journalistischer Quellen und die immer weiter reichende Überwachung durch *Geheimdienste* aufmerksam zu machen, verklagte ROG im Juni 2015 den Bundesnachrichtendienst wegen *Verletzung des Fernmeldegeheimnisses*.

Nebenbei wurde ein neues Gesetz zur **Vorratsdatenspeicherung** in Deutschland im Oktober 2015 verabschiedet und ist am 18. Dezember 2015 in Kraft getreten. Es verpflichtet Telefon- und Internetunternehmen, die Verbindungsdaten aller Kunden anlasslos zehn Wochen lang zu speichern. Nur bei schweren Straftaten dürfen die Daten zugegriffen werden, was genau darunter fällt, ist jedoch nicht klar genug definiert. Berufsgeheimnisträger wie Journalisten schützt das Gesetz nur unzureichend. Der neu eingeführte Straftatbestand der Datenhehlerei (also die Beschaffung, Überlassung oder Verbreitung nicht allgemein zugänglicher Daten) gefährdet ihre Informanten.

Der **Zugang zu Behördeninformationen** ist je nach Bundesland unterschiedlich geregelt. Erfreulichere Entwicklungen gab es bezüglich der gesetzlich garantierten Informationsfreiheit der Bürger gegenüber Behörden in manchen Bundesländern. Als zweites Bundesland nach Hamburg verabschiedete Rheinland-Pfalz im November 2015 ein *Transparenzgesetz* anstelle eines reinen *Informationsfreiheitsgesetzes* (IFG). Das heißt, dass die Bürger nicht mehr nur Anträge auf den Erhalt von Informationen stellen können, sondern Behörden diese von sich aus zur Verfügung stellen müssen. Auch in Thüringen legte der Datenschutzbeauftragte Lutz Hasse im Februar 2016 den

Entwurf für ein Transparenzgesetz vor, das nicht nur Landesbehörden sondern auch die Kommunen verpflichtet sein sollten, den Bürgern möglichst viele Informationen zugänglich zu machen.

Während der öffentlich-rechtliche Rundfunk gebührenfinanziert wird, müssen immer mehr Zeitungen ums Überleben kämpfen. Die wirtschaftliche Krise vieler Zeitungs- und Zeitschriftenverlage hält unvermindert an. Dementsprechend häufen sich Meldungen über die **Zusammenlegung von Redaktionen, Einsparungen und Entlassungen**. Die Anzahl der Zeitungen mit eigener Vollredaktion geht zurück. In zunehmendem Maße liefern Zentralredaktionen großer Regionalverlage identische Inhalte an diverse Abnehmer. **Pressevielfalt** besteht in vielen Regionen oft nur noch bei Titel und Layout, nicht aber bei Inhalt und Ausrichtung der Zeitungen.

Eine zunehmende **Gefahr für die journalistische Unabhängigkeit** geht von Großkonzernen aus, die nicht nur immer mehr Medien kontrollieren, sondern auch anderweitige Geschäftsinteressen verfolgen. Immer stärker setzen Verlage auf das sogenannte *Native Advertising*, das ins Layout der Redaktion integriert wird. Oft werden kommerzielle Inhalte bewusst nicht als Werbung gekennzeichnet, sondern als journalistische Beiträge getarnt oder mit diesen vermischt, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Wegen **mangelnder Trennung von Redaktion und Werbung** sprach der Presserat von Januar 2015 bis März 2016 insgesamt 20 Rügen aus. Auch für Radiosender besteht inzwischen ein florierender Markt von Themendiensten und Agenturen, die im Auftrag von Firmen und Organisationen kostenlos Material anbieten.

Außer *Reporter ohne Grenzen* geben noch andere Organisationen wie *Freedom House* (FH), *International Research & Exchanges Board* (IREX), die *Friedrich Ebert Stiftung* (FES) oder die UNESCO ihre eigenen Einschätzungen zur internationalen Medienfreiheit ab. Es ist immer wieder daraufhin zu weisen, dass alle Rankings aufgrund ihrer Untersuchungsmethode nur mit Vorsicht zu genießen ist. Beispielweise basiert die Rangliste von ROG auf der Beantwortung eines Fragebogens, den die Nichtregierungsorganisation nach eigenen Aussagen in 20 Sprachen an Hunderte Journalisten, Wissenschaftler, Juristen und Menschenrechtsverteidiger sowie an sein eigenes Korrespondentennetzwerk verschickt. Die insgesamt 87 qualitativen Fragen sind in sechs Kategorien unterteilt: *Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur, rechtliche Rahmenbedingungen, institutionelle Transparenz sowie Produktionsinfrastruktur*. Aus den gewichteten Antworten wird eine Punktzahl zwischen 0 (optimal) und 100 (am schlechtesten) errechnet.

Die Medienforscherin *Laura Schneider* hat sich in einem *Handbuch der DW Akademie*⁴⁷ die Aussagekraft der Ranglisten von ROG hinterfragt. Sie betont, dass die Bewertungen der 180 Länder sehr subjektiv seien, da sie oftmals auf nur sehr wenigen Befragten beruhten. Während *Reporter ohne Grenzen* in europäischen Ländern auf zahlreiche Experten zurückgreifen könne, beantworteten in afrikanischen Ländern nur weniger Personen den Fragebogen des jeweiligen Landes. Außerdem sei die ROG-Rangliste so detailverliebt, dass der Fragebogen sehr lang ist und viel Wissen über zahlreiche Aspekte fordert. *Schneider* sieht darin gleich die Gefahr, dass die Befragten keine Experten auf allen Themenfeldern sind und daher manche Fragen nicht angemessen beantworten können.

⁴⁷ <<http://de.ejo-online.eu/pressefreiheit/pressefreiheitsrankings-unter-der-lupe>> [19.02.2017]

5 Mediensystem der sozialistischen Republik Vietnam

5.1 Überblick über die vietnamesische Medienlandschaft

In der Republik Vietnam wurde das **Fernsehen** erstmals 1966 ausgestrahlt und entwickelte sich binnen weniger Jahre zu dem dominanten Medium. Nationale *Vietnam Television* (VTV) ist die staatliche Fernsehanstalt, die zahlreich landesweiten Fernsehsender betreibt. Das Programm wird nicht nur in vietnamesischer Sprache sondern auch in anderen Fremdsprachen (englischer, französischer, chinesischer, japanischer und russischer Sprache) sowie Sprachen der ethnischen Minderheiten ausgestrahlt. Daneben werden unterschiedliche regionale Sendeanlagen aufgebaut, damit die Gesamtbevölkerung von etwa 90 Millionen Einwohnern zurzeit im Sendegebiet leben. Fast jeder Wohnsitz (nicht nur in den großen Städten sondern auch auf ländlichen Gebieten) hat mindesten ein privates Fernsehgerät zur Verfügung. Von Seiten der Regierung wird Fernsehen als äußerst effektives **Propagandainstrument** gesehen. Sowohl die Nachrichtensendungen als auch die Unterhaltungssendungen werden stark inhaltlich kontrolliert und dienen primär der Verbreitung politischer Propaganda. Im Laufe der Zeit tritt staatliches Fernsehen in wachsender Konkurrenz mit privaten Fernsehsender und Pay TV. Heutzutage sind vietnamesische Zuschauer bereits, mehr zu bezahlen, damit sie qualitative Fernsehprogramme genießen können. Durch die digitale Kabelnetzwerk und die Satellitenübertragung stehen viele internationale Programme von *Reuters*, *ESPN*, *Disney Channel*, *Discovery Channel*, *BBC*, *HBO* usw. für die vietnamesischen Zuschauer zur Verfügung.

In den Städten stehen die **Printmedien** an zweiter Stelle. In ganz Vietnam werden mehr als ca. 600 Zeitungen, darunter vietnamesische Tageszeitungen, Magazine, Fachzeitschriften sowie englischsprachige Zeitungen (zum Beispiel *Saigon Times* und *Vietnam News*) angeboten. Die KPV selbst unterhält in allen 63 Provinzen eine Zeitung. Die auflagenstärksten Tageszeitungen auf zentraler Ebene sind das offizielle Parteiblatt *Nhân Dân* (*das Volk*) und das *Blatt der vietnamesischen Volksarmee*. Die drei in Ho-Chi-Minh Stadt publizierte Lokalzeitungen (*Tuổi Trẻ*, *Tiền Phong* und *Thanh Niên*) verzeichnen die größte landesweite Leserschaft und sind vor allem unter jüngeren Lesern beliebt.

Aufgrund des geringen Urbanisierungsgrad sowie der schwachen Infrastruktur in den ländlichen Gebieten ist das **Radio** hier stärker verbreitet. Weiterhin bezeichnet der staatliche **Radiosender Voice of Vietnam (VOV)** sich selbst als multimediale Kommunikationsbehörde. Zu VOV gehören unter anderen eine eigene Zeitung, ein Fernsehkanal, ein Nachrichtenzentrum und diverse Internetauftritte der 12 Auslandsredaktionen, einschließlich einer Redaktion in deutscher Sprache. Durch den Internetauftritt von VOV in verschiedenen Fremdsprachen versucht die vietnamesische Regierung ihre Medienpolitik auch international zu verteidigen. Somit eignet sich die Onlineberichterstattung der deutschen Redaktion beispielweise für eine kritische Analyse der Mediensituation Vietnams im Kontext von Globalisierung und Zensur.

Das Internet nimmt einen immer größeren Einfluss als Informationsquelle in Vietnam ein. Seit 1997 ist das Internet zugänglich, die Internetnutzungsrate hat seitdem deutlich zugenommen. In den letzten Jahren hat die Zahl der Internetnutzer stark zugelegt, über die Hälfte der etwa 90 Millionen Vietnamesen ist mittlerweile online⁴⁸. Im Vergleich mit den Nachbarländern der Region liegt sie damit ziemlich weit oben. Vietnam war zwar noch nie als Musterknabe der freien Meinungsäußerung im Internet bekannt, wohl aber für eine große und lebhafte Netzgemeinde. Besonders **soziale Netzwerke und Blogs** erfreuen sich bei Internetnutzern in Vietnam größerer Beliebtheit. Die Anzahl der aktiven Account in sozialen Netzwerken entspricht etwa 37 Prozente der Gesamtbevölkerung. Die beliebten sozialen Netzwerke sind vor allem *Facebook* (mit 29 Prozenten), verfolgt von vietnamesischen mobilen Apps *Zalo* (mit 25 Prozenten) und *Google+* (20 Prozenten)⁴⁹. Trotz der strengen staatlichen Kontrolle gilt das Internet unter der vietnamesischen Bevölkerung als Möglichkeit, sich über Themen zu informieren und auszutauschen, die in den staatlichen Medien aus politischen Gründen nicht weiter eingegangen werden.

Es ist festzustellen, dass die *Kommunistische Partei Vietnams (KPV)* generell einen starken Einfluss auf die Massenmedien des Landes hat. Die staatliche Überwachung der Medien wird vom *Ministerium für Information und Kommunikation* durchgeführt. Es ist für die Mediengesetzgebung zuständig, kontrolliert die Einhaltung dieser Gesetze und vergibt die Lizenz für Journalisten. Daneben sind die Nachrichtenagentur *Vietnam News Agency (VNA)* und das *Propaganda und Training Department* auch für die Überwachung und Kontrolle der Medien zuständig.

⁴⁸ Nguyen, Binh (2016) <<http://de.slideshare.net/binhnguyenplus/digital-in-2016-vietnam-we-are-social>> (Stand: Jan 2016)

⁴⁹ Ebd.

5.2 Journalisten in Vietnam

5.2.1 Auf dem Weg, Journalist zu werden

Jedes politisch-gesellschaftliches System wirkt sich auf die Arbeit und die Einstellungen der darin tätigen Journalisten aus. In Vietnam arbeiten die Journalisten in einem kommunistischen Journalismus und sind ein instrumentaler Bestandteil der Politik der kommunistischen Partei. Beginnend bei der zentral geleiteten Ausbildung der zukünftigen Journalisten bis hin zu inhaltlichen Vorgaben nimmt der Staat Einfluss.

In Vietnam darf nicht jeder Journalist werden, Interviews führen und schreiben, geschweige denn seine Meinung verbreiten. Während die Journalisten in Deutschland ohne **Presseausweis** doch gut arbeiten können, ist eine Presselizenz in Vietnam erforderlich, um als Journalist richtig arbeiten zu können beispielweise den Zugang zu Pressekonferenzen zu haben oder Informationen von Behörden und Institutionen zu erreichen. Einen Presseausweis haben diejenigen, die eine Ausbildung an einer staatlichen Universität genossen haben und mit ihren Beiträgen noch nicht negativ aufgefallen sind.

Kontrolliert wird die **Journalistenausbildung** durch *Ministerium für Erziehung und Lehre*. Das Ministerium ist unter anderem verantwortlich für die Koordinierung der Ausbildung, die Konzeption des Lehrplans und legt die akademischen Ziele fest. Die Ausbildungsstätten bieten grundständige und aufbauende Studiengänge in Journalistik an. Das wichtigste Ziel ist das, die Studenten zur Loyalität gegenüber der Partei und Parteiideologie zu erziehen. Ein Defizit in der Journalistenausbildung in Vietnam ist, dass zu viele Kurse unterrichtet werden, die irrelevant für das Berufsfeld der Journalisten sind aber politisch-ideologische Inhalte enthalten. Die praktische Journalistenausbildung kommt dabei viel zu kurz, zudem sind die Lehrkräfte in den Ausbildungsstätten oft nicht ausreichend qualifiziert. Internationale ethische Pressestandards sind nur geringfügig ausgeprägt.

Nach Angaben der *vietnamesischen Journalistenvereinigung* (VJA) sind aktuell ca. 20.000 Journalisten in Vietnam registriert⁵⁰. Die Mitgliedskarte der VJA dient als Lizenz für alle haupt- und nebenberufliche Journalisten in Vietnam und wird jeweils für fünf Jahre ausgestellt. Alle Ausbildungsstätten in Vietnam sind dazu verpflichtet, eng mit der VJA zusammen zu arbeiten.

⁵⁰ Brauer, Schulze (2011) <http://www.kas.de/wf/doc/kas_29345-1522-1-30.pdf?121019050013>

5.2.2 Arbeitsbedingungen der Journalisten in Vietnam – Online Befragung

Ziel der Umfrage

Welche Einstellungen haben die vietnamesischen Journalisten zu ihrem Beruf und ihrer Arbeit? Im Hinblick auf die vietnamesische Geschichte und die Entwicklung des vietnamesischen Journalismus in und nach dem Vietnamkrieg bleibt diese Frage nach 40 Jahren des Bestehens der vereinigten sozialistischen Republik Vietnam noch immer von Bedeutung. Ziel dieser online Befragung ist es, neben der Charakterisierung des Berufsstandes auch die Frage nachzugehen, ob die vietnamesischen Journalisten in der Lage sind, trotz staatlichen Lenkung und Kontrolle die gesetzlich verankerte Medienfreiheit zu nutzen und einen kritischen Journalismus zu betreiben. Die subjektiven Erfahrungen im Arbeitsalltag sowie das Rollenverständnis der Journalisten in Vietnam werden gleichzeitig untersucht. Insgesamt wurden 102 Journalistinnen und Journalisten befragt, die bei Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen, Online-Medien und Nachrichtenagenturen in Vietnam arbeiten.

Untersuchungsdesign

Die Gesamtzahl der in Vietnam arbeitenden Journalisten kann nicht so genau beziffert werden. Nach Angaben der vietnamesische Journalistenvereinigung (VJA) sind aktuell ca. 20.000 Journalisten in Vietnam registriert. Als Grundgesamtheit der Untersuchung galten Journalisten von Zeitungen oder Zeitschriften, des staatlichen Rundfunk, von Online-Medien und Nachrichtenagenturen, die tagesaktuell arbeiten. Die Auswahl der Stichprobe für die Online-Befragung erfolgte nach vorher festgelegten Kriterien, wobei eine möglichst große Varianz befragter Journalisten erreicht werden sollte. Die Journalisten sollten sich in Merkmalen wie dem Geschlecht, der Herkunft, dem Anstellungsverhältnis, der Zahl ihrer Berufsjahre und der Mediengattung unterscheiden.

Alle Befragten sind hauptberuflich in fester Anstellung oder in freier Mitarbeiterschaft direkt an der Herstellung journalistischer Berichterstattung für Print, Radio, Fernsehen, Online-Medien oder die Nachrichtenagenturen beteiligt.

Mediensparten	Print	Rundfunk	Online	Agentur	Anderes	Gesamt
Stichprobe	27	21	37	9	8	102
Geschlecht						
Männlich	12	17	23	5	7	64
Weiblich	15	4	14	4	1	38
Alter						
Unter 20	0	0	2	0	0	2
21 bis 25	4	6	11	6	3	30
26 bis 30	8	5	10	2	1	26
31 bis 39	9	7	10	0	2	28
Über 40	6	3	4	1	2	16
Herkunft						
Norden	20	19	30	9	5	83
Mitte	6	1	3	0	1	11
Süden	1	1	4	0	2	8
Anstellung						
Fest	20	15	19	6	1	61
Frei	6	2	13	3	7	31
Beides	1	4	5	0	0	10
Berufsjahre						
Weniger als 1	1	2	5	2	1	11
1 bis 2 Jahren	6	4	9	3	2	24
3 bis 5 Jahren	7	4	10	3	1	25
Mehr als 5	13	11	13	1	4	42

Tabelle 3 - Stichprobenbeschreibung der befragten Journalisten

Insgesamt 102 Journalisten in Vietnam haben die online Umfrage gemacht. 27 davon sind bei Print, 21 Journalisten beim Rundfunk, 9 bei Nachrichtenagenturen und 37 im Online-Bereich tätig. Ein besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, dass sich unter den Befragten sowohl Journalisten befanden, die als Festangestellten den staatlichen Medien arbeiten, als auch solche, die sich freiberuflich oder als Auslandskorrespondenten den internationalen Medien engagieren.

Mit der *Online- Befragung* werden insgesamt fünf verschiedene Themenblöcke abgedeckt, welche die Merkmale von in Vietnam arbeitenden Journalisten kenntlich machen sollen. Im **ersten Teil (a)** des Leitfadens werden die Journalisten nach ihren Ausbildungswegen in den Journalismus sowie nach ihrer Berufsmotivation gefragt. Der **zweite Themenkomplex (b)** will den Arbeitsalltag der Journalisten im Zeitraum 2016- 2017 ermitteln. Die Journalisten sollen dabei erklären, was ihre Aufgaben sind, wie viel Zeit sie zum Beispiel für Recherche und Organisatorisches verwenden, wie hoch im Schnitt die Anzahl ihrer wöchentlichen Arbeitsstunden ist und wie sie die Arbeitsbedingungen empfinden. Der **dritte Teil (c)** beschäftigt sich mit dem Selbstverständnis der Journalisten. Hierbei wird gefragt, wie sie ihre Aufgabe definieren, welches Bild sie vom ihrem Publikum haben und wie sie den Einfluss auf ihr Publikum einschätzen. Der **vierte Komplex (d)** beschäftigt sich mit dem Thema „*Medienfreiheit*“. Hierbei sollen die Journalisten die Hindernisse und Einschränkungen in dem Arbeitsalltag zu Wort kommen, mit denen sie regelmäßig konfrontiert werden. Die Intention dieses Fragekomplexes zielt auf die Frage, ob in Vietnam eine Entwicklung vom kommunistischen, von Zensur geprägten Journalismus zum demokratischen, freien und kritischen Journalismus entstehen könnte. Der **letzte Themenkomplex (e)** soll sich die Journalisten zu den aktuellen Problemen in ihrem Berufsalltag äußern und daraus resultierend eine Prognose abgeben, wo sie die Zukunft des Journalismus sehen. Abschließend werden die Befragten gebeten, ihre Berufszufriedenheit auf einer Skala von eins bis zehn anzugeben.

Die Befragung wurde online in *Googleform*⁵¹ in englischer und vietnamesischer Sprachen erstellt und per Email oder durch soziale Netzwerken (nämlich Facebook und Twitter) an den Journalisten verteilt. Sie betrug etwa 5-7 Minuten Zeit.

⁵¹<<https://goo.gl/forms/2Uz6UeR2GQtRBH3Z2>>
<<https://goo.gl/forms/lvWfle6qQkqJGYRk2>>

Analyse der Ergebnisse

a. Wege in den Journalismus

Die absolute Mehrheit der befragten Journalisten hat eine akademische Berufsausbildung in Journalismus absolviert. Viele haben zusätzlich ein anderes Fachstudium (häufig in Wirtschaft-, Kommunikations- oder Politikwissenschaft sowie Jura) absolviert und spezialisieren nachher als *Fachjournalisten* auf bestimmten Bereichen.

Die an der Online-Umfrage teilnehmenden Journalisten wurden auch nach ihrer Berufsmotivation gefragt. Viele haben sich für den Beruf entschieden, weil sie schon in der Jugend gern geschrieben und den Umgang mit vielen Menschen und deren Geschichte interessant gefunden haben. Für viele Jugendlichen galt *Journalist* auch als einen Traumberuf, der viel Karrierechancen anbieten könnte. Dienstlich die Welt bereisen, mit interessanten Persönlichkeiten Interview führen, Flexibilität bei Arbeitszeiten - so stellen sich viele den Beruf des Journalisten vor. Bei diesem attraktiven Berufsbild ist es kein Wunder, dass viele junge Menschen Journalist werden wollen. Trotzdem begründet nur etwa die Hälfte der Befragten ihre Berufsmotivation damit, wichtige Themen mitzuteilen, um guten Einfluss auf die Gesellschaft nachhaltig auszuüben. Nach eigenen Angaben haben sie trotzdem am Beginn der journalistischen Laufbahn über die Parteipolitik sowie ideologische Hintergründe kaum Gedanken gemacht. Es war ihnen aber ganz klar, dass Journalist auf keinen Fall einen Beruf sei, der guten Verdienst verspricht.

b. Der Arbeitsalltag vietnamesischen Journalisten

Durchweg wird der Arbeitsalltag von der Mehrheit der Befragten als stressig beschrieben. 50 bis 60 Stunden pro Woche sind für die Journalisten in Vietnam keine Seltenheit. Besonders gibt etwa 10 Prozent der befragten Journalisten an, dass sie mehr als 60 Stunden wöchentlich arbeiten müssen. Der Arbeitsumfang bezüglich einzelnen Aufgaben und Verantwortlichkeiten unterscheiden sich jedoch je nach Mediensparte enorm.

Die hauptsächliche Tätigkeit von Journalisten besteht in der Themenfindung, in der Recherche, in der Terminwahrnehmung und dem Schreiben beziehungsweise Erstellen von Nachrichten und Beiträgen. Dazu gehören aber auch die Erledigung technischer Aufgaben sowie das Organisatorische und die Verwaltung redaktioneller Abläufe.

Fast alle befragten Journalisten sind sich einig, dass das Internet eine wichtige Rolle in ihrem Arbeitsalltag spielt. Besonders deutet die Befragung der Online-Journalisten auf ein klares Aufgabengebiet hin: Den Online-Auftritt von Tageszeitungen betreuen zumeist nur einige Redakteure. So bleibt kaum Zeit, eigene Berichte zu verfassen. Stattdessen besteht die Hauptaufgabe darin, die Texte der Print-Kollegen internetgerecht aufzubereiten. Entsprechend ist technisches *Know-how* gefragt. Journalisten müssen zunehmend Aufgaben übernehmen, die früher von Technikern erledigt wurden. Im Zuge der Digitalisierung der Redaktionen (vor allem in Fernsehanstalten) gehören technische Tätigkeiten zum allgemeinen journalistischen Arbeitsalltag. Ähnliches gilt für die organisatorischen Pflichten, also nicht nur die Chefredakteure und Redaktionsleiter, deren Positionen ohnehin mit Organisationsaufgaben verbunden sind.

Aus Grund der Komplexität der journalistischen Tätigkeiten hat die Mehrheit der befragten Journalisten Vergnügen daran, sich in Team zu arbeiten. Nur etwa ein Viertel der Befragten haben Vorbehalte gegen Teamwork und arbeiten gern allein. Einzelarbeit ist in gewissen Fällen vorzuziehen: wenn eine Aufgabe viele Fachkenntnisse und Expertenwissen erfordert oder Aufgaben, die keine Absegnung von anderen brauchen, können ohne ein Team erledigt werden.

c. Das Rollenverständnis vietnamesischer Journalisten

Für die journalistische Arbeit ist vor allem das **Selbstverständnis der Journalisten** von großer Bedeutung. Die Journalisten in Vietnam haben ein vielfältiges Aufgabenverständnis und wollen sich nicht nur einer einzigen Funktion unterordnen. Der Großteil der Befragten versteht sich vorwiegend als *Informationsvermittler*. Dabei betonen sie, dass sie unbedingt über die reine *Chronistenpflicht* hinausgehen wollen, indem sie als *Gate-keeper* die Informationen auch filtern, einordnen und Hintergründe liefern. Medien sind in den Augen der meisten Journalisten *Orientierungshilfe*, damit die Rezipienten nicht in der Informationsflut „ertrinken“. Als *Orienter* sollen sie auch (guten) Einfluss auf die Rezipienten beziehungsweise die Bürger der Gesellschaft ausüben.

Kritik üben oder Missstände aufdecken sehen dagegen nur wenige als ihre Funktion an, sie verstehen sich nicht richtig als *vierte Gewalt im Staat*. Lediglich sollen Politikjournalisten die *Kritikfunktion* zu ihren Aufgaben rechnen, können sie in der Praxis jedoch nur selten umsetzen. Abgesehen davon betrachten sich viele Journalisten als *Dienstleister*. Mit dieser Rolle können sich vor allem Online- und Rundfunkjournalisten identifizieren, bei denen service- und verbrauchernahe Themen einen immer höheren Stellenwert einnehmen.

Die befragten Journalisten aus allen Gattungen können ihren Einfluss auf die Rezipienten nur schwer einschätzen. Dabei wird den Medien an sich eine sehr hohe Bedeutung beigemessen, da sie für die meisten Bürger in Vietnam die wichtigste und oftmals einzige Informationsquelle sind. Ausgehend von einer Skala von 1 (minimal) bis 5 (maximal) bewerten etwa zwei Drittel der befragten Journalisten die Wichtigkeit ihrer journalistischen Arbeiten mit 5 Punkten. Das bedeutet, trotz zahlreichen Einschränkungen halten noch viele Journalisten in Vietnam ihre Arbeit für wirkungsvoll. Sie sind immer noch motiviert, die journalistischen Tätigkeiten weiter auszuüben sowie die Funktionen der Journalismus in der Gesellschaft zu erfüllen.

d. Situation der Medienfreiheit

Der Großteil der befragten Journalisten gibt an, dass Einflüsse oder Einflussversuche auf die Medienfreiheit deutlich spürbar sind. Uneingeschränkte Medienfreiheit wird wohl ein ewiger Traum bleiben und die Journalisten sind doch immer von irgendwelchen Zwängen abhängig. Sie können theoretisch über alles berichten, aber es ist gleichzeitig nicht so einfach. Die größten Einflussversuche und Einflussnahmen gibt es für Journalisten in Vietnam durch Wirtschaft und Politik. Der Druck durch Anzeige- oder Werbekunde wird genannt. Die Trennung von Anzeigen und redaktionellem Teil wird manchmal vernachlässigt. Abgesehen von den ökonomischen Beeinflussungen ist politische Einflussnahme im Arbeitsalltag vieler Journalisten in Vietnam deutlich spürbar. Vor allem über die höheren Hierarchie-Ebenen, beispielweise Ressortleiter oder Chefredakteur, versuchen politischen Instanzen, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Direkte Versuche der Einflussnahme auf die Berichterstattung durch Politiker spüren auch viele Journalisten, vor allem im Print-Bereich. Des Weiteren nehmen sie Einschränkungen durch die politische Ausrichtung des jeweiligen Mediums wahr.

Zusätzlich sind die fehlenden Ressourcen, die Sparzwänge der Redaktionen oder die fehlende Recherchezeit als weitere Einschränkungen der journalistischen Arbeit genannt. Das alles führt gegebenenfalls zu oberflächlichen und qualitativ unangemessenen Berichterstattungen.

e. Zukunftsperspektiven der vietnamesischen Journalisten

Auf die Frage, welchen Weg der Journalismus in dem kommenden Jahrzehnt einschlagen wird, antworten die Journalisten meist skeptisch. Viele gehen davon aus, dass die Zahl der Journalisten abnehmen und dass es mehr *Freie* als *Festangestellte* geben wird. Von den Journalisten werden immer mehr **Kompetenzen** erwartet: Sie müssen technisch fit sein, verschiedene Kanäle bedienen können. Differenzen bestehen darüber, ob in Zukunft nun eher *Generalisten* oder *Spezialisten* gefragt sind.

Viele Journalisten sind auch der Meinung, dass die **sozialen Netzwerke** (nämlich Facebook, Twitter und Co.) sich in den kommenden Jahren in Vietnam weiter rasant verbreiten werden. Während sie auf der einen Seite als neue Informationsquelle für brandaktuelle News dienen, sind sie andererseits Konkurrenten für die traditionellen Medien. Journalisten können diese nutzen, um besser zu erforschen, was ihre Leser wirklich interessieren. Außerdem können Journalisten diese Plattform nutzen, um ihre eigenen Artikel zu präsentieren und Feedback zu erhalten. Jedoch um die Vorteile von Facebook, Twitter und co. besser auszuschöpfen, müssen einige Herausforderungen bei der Suche, Überprüfung und Nutzung von Informationen überwunden werden.

Auch die stärkere **Konkurrenz zwischen Print- und Online-Medien** wird von vielen Journalisten in Vietnam als Zukunftsaussicht genannt. Online wird gewinnen, das Gedruckte aber auch. Die Zeitungen sollen sinnvolle Strategien erarbeiten, wie sie die Printausgabe mit dem Internetauftritt verknüpfen und langfristig effektiv gestalten können. Ein praktizierbares Erlössystem für journalistische Inhalte im Internet soll auch gefunden werden.

Wichtiger noch: Guter Online-Journalismus ist heute so gut wie guter Print-Journalismus. Auch Hörfunk- und Fernsehjournalisten müssen sich gegen die Verflachung der Medieninhalte, also die oberflächliche und boulevardisierte Berichterstattung kämpfen. Die Bestrebung nach einer **Qualitätsjournalismus** bleibt immer noch nicht so einfach.

Abgesehen davon stellen sich viele der befragten Journalisten infrage, ob die **Situation der Pressefreiheit** in Vietnam in der nahen Zukunft verbessert wird. Manche sind der Meinung, dass die Medien in Vietnam zumeist in den nächsten zehn Jahren noch stark von der Regierung beziehungsweise der monopolistischen Partei kontrolliert werden. Fast alle Journalisten haben den Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen, mehr Transparenz und weniger „*Schere im Kopf*“.

6 Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich

6.1 Theorie des Mediensystemvergleiches

Mediensysteme lassen sich zunächst am besten im Rahmen **territorialer Grenzen**, so wie sie durch Staaten gegeben sind, betrachten. Und somit unterscheiden sich Mediensysteme der verschiedenen Länder auch deutlich voneinander. Dies wirft viele Fragen auf: Warum unterscheiden sich die Mediensysteme? Worin unterscheiden sie sich? Welche Folgewirkungen haben diese Unterschiede für Medienrezipienten oder für ganze Gesellschaften? Diese sind Fragen, die im Rahmen dieser Bachelorarbeit am Beispiel der zwei gegensätzlichen Mediensysteme in Deutschland und Vietnam beantwortet werden sollen.

Mediensysteme zu betrachten, bedeutet, die politischen, ökonomischen, rechtlichen und technologischen Aspekte von Medien in ihrem Zusammenwirken zu analysieren. Dabei werden Zusammenhänge in den Blick genommen, die als prägend und charakterisierend angenommen werden können. Das hier zugrunde gelegte Verständnis von Mediensystemen umfasst eine Perspektive, die Medien als Bestandteile von Gesellschaft sieht und die gleichzeitig Relevanzen gesellschaftlicher Entwicklungen für die Medien benennen kann.

Die zwei Mediensysteme in Deutschland und Vietnam wurden separat in *vierten* und *fünften Kapitel* analysiert, um zu verdeutlichen, welche Aufgaben sie übernehmen und wie sie diese mittels ihrer verschiedenen Bestandteile ausführen. Die grundlegende Frage des Mediensystemvergleiches liegt daran, ob und inwieweit Presse, Radio, Fernsehen und Internet den Funktionen gerecht werden, die sie in unterschiedlichen politischen Systeme erfüllen sollen. Darüber hinaus sind auch solche Elemente wie die bestehenden Strukturen der **Selbstregulierung** (durch Medienzensuren), die **demografische Struktur im Journalismus** oder die **Situation der Pressefreiheit** als wichtige Aspekte der beiden Mediensysteme zu betrachten und miteinander zu vergleichen.

Ziel eines wissenschaftlichen Vergleiches ist es, die Gemeinsamkeiten zu finden, aber auch die Unterschiede zu identifizieren. Viele mediale Entwicklungen in dem Einparteiensstaat Vietnam von der gewachsenen Medienvielfalt in Deutschland völlig unvergleichbar. Aber trotz vielen Unterschieden lassen sich noch einige Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Ländern finden.

6.2 Mediensysteme in Deutschland und Vietnam im Vergleich

Auf Grundlage der oben vorgestellten theoretischen Rahmen kann schließlich komparative Forschung von Mediensystemen stattfinden. Die beiden Mediensysteme lassen sich zuerst im Hinblick auf ihre einzelnen Sektoren *Print*, *Rundfunk* und *Online* betrachten.

Der Sektor der **Zeitungen und Zeitschriften** ist der älteste im gesamten Mediensystem, und seine Strukturen sind in der Regel von vielen *historischen, geografischen* und unter anderem *politischen Besonderheiten* des jeweiligen Landes geprägt. Gegenüber national verbreiteten Zeitungen in Vietnam ist eine starke regionale Presselandschaft vor allem in föderalen Staaten wie in Deutschland existent. Auch ein ausdifferenziertes Vertriebssystem wie in Deutschland gibt es in Vietnam leider nicht. In Vietnam werden Zeitungen meistens über Kioske verkauft oder über den Postzeitungsvertrieb den Kunden zugestellt.

Auch im **Rundfunk** lassen sich die Unterschiede zwischen den beiden Mediensystemen identifizieren. Das **duale Rundfunksystem** in Deutschland mit dem gleichzeitigen Bestehen von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk unterscheidet sich stark von dem Rundfunksystem in Vietnam, das meistens nur aus **staatlichen Fernseh- und Radiosender** besteht. In Vietnam sind die Bedeutung des Staates sowie der Einfluss der kommunistischen Partei auf die mediale Regulierung immer noch sehr deutlich spürbar. Gleichfalls ist die Betonung der kulturellen und identitätsstärkende Rolle von Rundfunk, die zum Beispiel in der Form von TV- und Radioprogramme in unterschiedlichen Sprachen der ethnischen Minderheiten in Vietnam umgesetzt wird.

Für **Online Medien** ist mehr hoch als für den Rundfunk und den Printsektor eine zentrale Größe, wer überhaupt Zugang zum Internet und den damit verbundenen Diensten hat. Wie viele Internetanschlüsse in einem Land existieren, welche Übertragungskapazität die Netze haben, sagt viel über die Zugangsproblematik aus. In einer sehr generalisierenden Beschreibung ist zu vermuten, dass höhere Zugangszahlen in den industrialisierten Ländern gegeben sind als in den Entwicklungsländern. Laut ARD/ZDF-Onlinestudie⁵² gab es im Jahr 2016 in Deutschland rund 58 Millionen Internetnutzer. Der Anteil der Internetnutzer im Jahr 2016 belief sich auf 79 Prozente der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich dazu waren 49 Millionen Vietnamesen online, betrug 54 Prozente

⁵² <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internetnutzung-in-deutschland-seit-2001/>> [21.02.2017]

der Gesamtbevölkerung.⁵³ Das Internet ist überall in Vietnam. Über den Straßen Hanois hängen bündelweise Kabel für Breitband-Internet. Freies W-LAN und preiswerte SIM-Karten sind überall zu haben, mobile Internetgeräte sind omnipräsent. Es bedeutet aber nicht, dass die Mediennutzerinnen und Mediennutzer in Vietnam einen total freien **Zugang zum Internet** haben. Zugang wird damit zur Frage gestellt, nicht nur wer das Internet nutzen kann, sondern wer die Möglichkeit hat, sich im Internet darzustellen. Blogs und soziale Medien in Vietnam sind häufig nur durch Zensurumgehungssoftware zugänglich. Die meisten Internetunternehmen sind in staatlichem Besitz und arbeiten eng mit den Zensurbehörden zusammen. Die vietnamesische Regierung hat ein ambivalentes Verhältnis zum Internet: Zum einen sind die durch das Internet steigenden Kommunikationsmöglichkeiten zu betrachten, die sich teilweise der Kontrolle der Partei entziehen, argwöhnisch. Zum anderen kann die Regierung nur schwer gegen die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der neuen Technologie sich komplett sperren. Aus dieser ambivalenten Haltung heraus werden beispielweise das soziale Netzwerk *Facebook* an einem Tag verboten und am anderen wieder freigeschaltet.

Wie viel Autonomie Medien genießen bzw. wie regulierend eingegriffen werden, entscheidet sich durch die jeweilige **Medienpolitik**. Den Ausgleich zwischen Marktorientierung, gesellschaftlicher Aufgaben und politische Aufgaben der Medien zu schaffen, wird in den beiden Ländern durchaus unterschiedlich angegangen. Die deutsche Variante ist als Ergebnis des Spannungsverhältnisses von Aushandlungsprozessen in der Politik, technischen Entwicklungen und Marktgegebenheiten geprägt. Vor diesem Hintergrund ist es beispielweise nicht verwunderlich, dass in Deutschland immer mehr und mehr neue privat-kommerzielle Fernsehsender entstehen. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit dem *Ersten*, dem *ZDF* und den *Dritten Programmen* genießt einen Marktanteil von nur etwa 40 Prozenten, obwohl sie eine zentrale Säule des Mediensystems darstellen. Im Gegensatz dazu sind fast alle Massenmedien in Vietnam staatlich organisiert und vor allem nur für politische Aufgaben der kommunistischen Partei zuständig. Sie sollen den sozialistischen Staat schützen, politische Stabilität sichern und die Verbreitung antisozialistischer Ideologie verhindern.

⁵³ <<http://www.internetlivestats.com/internet-users/viet-nam/>> [21.02.2017]

Allerdings gibt es einzelne Dimensionen, die den Vergleich der Mediensysteme erleichtern. Während die Medien in Vietnam **zentral** (meist in den großen Städten) entwickeln, sind die in Deutschland mit verschiedenen Verwaltungs- oder Ballungsgebieten **dezentralisiert**. Außerdem lässt sich die **Vielfalt der Medienangebote** vergleichen, aus der die Menschen auswählen können. Das deutsche Medienangebot ist sehr vielfältig. Hier sind eine Vielzahl von verschiedenen Tageszeitungen erhältlich und Fernsehsender frei zu empfangen. Der überwiegende Teil der Tageszeitungen in Deutschland ist regional ausgerichtet und trägt sein Verbreitungsgebiet meist im Titel. In Vietnam beherrschen hingegen die nationalen Tageszeitungen, die fast alle entweder in der Hauptstadt Hanoi oder Ho-Chi-Minh Stadt angesiedelt sind, die Medienlandschaft. Allerdings sind die meisten Vietnamesen keine eifrigsten Zeitungsleser, sondern sie bevorzugen lieber das Fernsehen. Der marktbeherrschende Fernsehsender (VTV) wird aber von der Regierung stark kontrolliert.

Schließlich ist es von elementarer Bedeutung, wie stark die **Medienfreiheit** ausgeprägt ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits die Pressefreiheit im deutschen *Grundgesetz* aufgenommen. In Vietnam steht die Medienfreiheit zwar ebenfalls in der Verfassung, wird jedoch in der Realität nicht wirklich umgesetzt. Der Beitrag, den Medien für die öffentliche Kommunikation leisten, ist auch stark abhängig von den Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen Journalistinnen und Journalisten arbeiten. Deren Freiheitsgrad ist das Anliegen vieler internationalen Journalistenorganisationen, wie zum Beispiel von *Reporter ohne Grenzen*. In deren Ranking der Pressefreiheit 2016 rangiert Deutschland relativ gleichauf im vorderen Feld auf Platz 16, während Vietnam auf Platz 175/180 zu Schlusslichtern gehört. Das heißt, dass der Grad der Medienfreiheit in den beiden Ländern kaum vergleichbar ist. Im Gegensatz zu den deutschen Medien, die noch in gewissen Maße die Pressefreiheit genießen können, dürfen die vietnamesischen Medien die Regierung nicht kontrollieren und kritisieren. Stattdessen sollen sie die Bevölkerung bilden und erziehen. In dieser Hinsicht ähneln sie den Medien anderer sozialistischer Staaten wie China, Kuba und Nordkorea. Institutionell und inhaltlich werden die Medien von der Regierung und der kommunistischen Partei kontrolliert. Allerdings gewährten diese Institutionen den Medien in den vergangenen Jahrzehnten größere Eigenständigkeit bei der Finanzierung (zum Beispiel durch Werbung) und halten sich mit inhaltlichen Vorgaben (in Form von Propaganda) zunehmend zurück. Dadurch soll der vietnamesische Medienmarkt ein rasantes wirtschaftliches Wachstum entwickeln.

Bei den übrigen Medienangeboten in Vietnam wird die klassische Vorzensur der Inhalte zunehmend durch die subtilere **Selbstzensur** abgelöst. Die „*Schere im Kopf*“ basiert auf politischem und sozialem Druck und schlägt sich vor allem dadurch nieder, dass die Medien regierungskritische Informationen konsequent verschweigen und verschleiern. Der Einfluss des Staates hat sich also nicht abgeschwächt, sondern eher in den Hintergrund verlagert. Solche Selbstzensur ist ebenfalls nicht selten bei deutschen Journalisten zu finden.

Für das Internet wurde in Vietnam ein umfassendes System der Überwachung etabliert, durch das kritische Inhalte aufgespürt, gesperrt und sanktioniert werden können. Die Medienzensuren im Netz befinden sich nicht nur in Vietnam sondern auch in Deutschland und werden folgend in dem nächsten Kapitel unter die Lupe genommen.

7 Medienzensuren im Netz

Als Zensur im Internet werden verschiedene Verfahren von Staaten oder nichtstaatlichen Gruppen bezeichnet, deren Ziel es ist, die Publikation von bestimmten Inhalten über das Internet zu kontrollieren, zu unterdrücken oder im eigenen Sinn zu steuern. Vor allem Nachrichten und Meinungsäußerungen sind davon betroffen, in einigen Staaten auch Webseiten mit erotischem, religiösem aber auch politischem Inhalt. Die Zensur im Internet unterscheidet sich damit nicht grundsätzlich von der Zensur anderer Massenmedien, hat trotzdem eigene Alleinstellungsmerkmale und variiert je nach Mediensystem.

Daraus, dass im Internet problemlos Daten über Staatsgrenzen übertragen werden können, ergibt sich eine hohe Komplexität rechtlicher Fragen, da Unvereinbarkeiten zwischen Rechtssystemen nicht lösbar sind. Regierungen und staatliche Organe können durch das Abschalten oder anderweitige Sanktionieren von Webseiten, die in ihrem Rechtsbereich liegen, auch die Bürger anderer Staaten von diesen Informationen abhalten, jedoch können sie nicht verhindern, dass die Bürger sich Zugang zu illegalen Informationen verschaffen, die im Ausland liegen. In Deutschland sind zum Beispiel die Verherrlichung der NS-Kriegsverbrechen oder auch die Leugnung des Holocaust verboten. Auf Servern von Vietnam hingegen können diese Dinge ungestraft verbreitet werden.

7.1 In Deutschland

Von der Sperrung von Internetinhalten in Deutschland waren bisher mehrere Websites und Internetdienste aus unterschiedlichen Gründen betroffen. Das Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu **kinderpornographischen Inhalten** in Kommunikationsnetzen (*Zugangserschwerungsgesetz*) sollte den Zugang zu Webseiten in Deutschland erschweren, die pornografische Darstellungen sexueller Handlungen von und an Kindern (*Kinderpornografie*) enthalten.

Bereits am 17. April 2009 schloss die Bundesregierung einen Vertrag mit fünf großen Internet Providern. Internetangebote sollten von ihnen nach einer täglich aktualisierten Liste des Bundeskriminalamts (BKA) blockiert werden. Die Internetanbieter sollten laut dem Gesetz auch verpflichtet werden, die vom Bundeskriminalamt erstellten Sperrlisten geheim zu halten. Entsprechend einer nachträglichen Änderung des Gesetzentwurfs sollten Zugriffsversuche auf diese

Seiten auch zeitgleich protokolliert und zu Strafverfolgungszwecken genutzt werden können. Im Oktober 2009 kritisierten die Kinderschutzorganisationen *UNICEF, ECPAT, Save the Children und Innocence in Danger* in einer gemeinsamen Stellungnahme eine Koalitionsabsprache, die Websperren vorläufig zu stoppen und Löschungen vornehmen zu lassen. Die Websperren seien ein erster wichtiger Schritt, um Kinder und Jugendliche gegen sexuelle Ausbeutung in den Neuen Medien zu schützen. Die Inhalte auf ausländischen Servern zu löschen, sei zudem nicht möglich.⁵⁴ Anfang April 2011 wurde bekannt, dass eines der zentralen Gründungsziele des Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur umgesetzt wird: Die Bundesregierung beschloss, das *Zugangerschwerungsgesetz* abzuschaffen.

Schon vorher wollte die SPD in Sachsen-Anhalt den Zugang zu **rechtsextremen Webseiten** sperren. In Schulen, Bildungs- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollte die Zugriffsmöglichkeit auf Webseiten mit rechtsextremistischen Inhalten gesperrt werden. Damit wollte man Rechtsextremen eine der wichtigsten Plattformen für ihre Propaganda nehmen. Der damalige Innenminister des Landes Holger Hövelmann legte am Ende 2008 eine Liste von 231 Webseiten vor, die zur Sperrung empfohlen werden.⁵⁵ Diese Liste sollte laufend fortgeschrieben werden.

Nach dem *Amoklauf von Winnenden*⁵⁶ regte die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) an „**Gewalt-Seiten**“ sperren zu lassen. Es bleibt immer unklar, auf welche Art von Gewalt und der Darstellung derselben hier sich bezieht: reale Gewalt, wie sie in der Kriegsberichterstattung zu sehen sein kann, fiktive Gewalt, wie sie in Filmen und Computerspielen zu sehen sein kann oder generell jegliche Form von Gewalt, sofern sie verherrlichend dargestellt und/oder kommentiert wird.

Von Vertretern der Musikindustrie, wie dem Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbands Musikindustrie Dieter Gorny, wird das **Sperrn von urheberrechtlich bedenklichen Webseiten** befürwortet. Diese erhoffen sich eine Ausweitung der Internet-Regulierungsmaßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums.

⁵⁴ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sperrungen_von_Internetinhalten_in_Deutschland> [22.02.2017]

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Der Amoklauf ereignete sich am 11. März 2009 in einer Realschule und deren Umgebung in Winnenden. Der 17-jährige Täter erschoss 15 andere Menschen und zuletzt sich selbst, nachdem er nach mehrstündiger Flucht von der Polizei gestellt worden war.

7.2 In Vietnam

Ein Beispiel für Defizite der staatlichen Medienlandschaft ist aktuellen Onlineberichten über den Tod des Generals Vo Nguyen Giap (2013), der als Nationalheld Vietnam durch die Kriege gegen Frankreich und die USA führte. Bei Facebook war vom Tod des Generals schon eine Stunde später zu lesen, bald darauf in Blogs. Die Armeeführung aber hat den Tod erst nach 20 Stunden bekanntgegeben - und die staatliche Presse durfte nichts berichten, bevor der Befehl dazu kam.

Blogs fordern in Vietnam die offiziellen Medien, die Zensur und die dahinterstehende Partei heraus. Blogs sind das Hauptkampfgebiet um Information zwischen kritischen Bürgern und der Partei. Vielfach schreiben Journalisten in Blogs, was sie offiziell nicht schreiben dürfen. Umgekehrt versucht die Partei immer wieder mit Härte, den Einfluss der Blogger zurückzudrängen. Trotzdem kann der kommunistische Staat das Internet nicht so stark kontrollieren, wie er es mit den traditionellen Medien tut. Die technischen Fähigkeiten Chinas, ganze Infrastrukturen zu sperren, besitzt der vietnamesische Staat noch nicht. Onlinezensur findet trotzdem statt, allerdings rückwirkend. So bringen Blogger neue Inhalte in eine immer größere Online-Öffentlichkeit.

Das aktuell brisanteste medienpolitische Thema Vietnams ist ein schwammig formuliertes Gesetz, das sogenannte **Dekret 72**. Es handelt es sich um ein offenbar absichtlich diffus geschriebenes Gesetz für Online-Publikationen. Das Gesetz regelt alle möglichen Bereiche, von Meinungspost auf Social Media Plattformen bis zur Verpflichtung von Unternehmen, nationale Server zu benutzen. Jede Firma, die in Vietnam tätig ist, muss fortan einen Server im Land betreiben und nach verbotenen Inhalten Ausschau halten. Verboten ist dabei als ebenso schwammiger wie weitreichender Begriff zu verstehen. Er umfasst Verbreitung von Fehlinformationen, Anstiftung zu Gewalt, Sittenwidrigkeit, unflätigen Lebenswandel und sogar Aberglauben. Offiziell will man damit Internet-Piraterie bekämpfen und das Netz zu einem moralisch besseren Ort machen – eine schöne, aber übliche Umschreibung für Zensur.

Das hat selbstverständlich weitreichende Konsequenzen. Blogs und soziale Netzwerke dürfen ab diesem Zeitpunkt nur noch zum Austausch persönlichen Informationen genutzt werden. Inhalte anderer Seiten sowie (*Hyper*-)Links dürfen nun nicht mehr veröffentlicht werden. Das Zitieren oder Zusammenfassen von Nachrichten ist ebenfalls explizit untersagt. Jegliche kritische politische oder gesellschaftliche Äußerung kann nun dazu führen, in das Visier der Strafverfolger zu geraten. Was dabei dann passiert, ist derzeit zwar noch unklar.

Das Gesetz, dessen Durchführungsbestimmungen ohnehin erst noch erarbeitet würden, richte sich gegen solche Webseiten, die „*nur von geklauten Nachrichten leben*“⁵⁷, erläuterte eine Vertreterin aus dem Ministerium für Information und Kommunikation. Tatsächlich bestätigen viele vietnamesische Journalisten, dass das *Copy-and-paste-Prinzip* bedenkenlos angewendet würde, schon weil Onlinemedien zahlreichen Artikel am Tag veröffentlichen sollten und gar nicht die Mittel hätten, ohne schlichtes Kopieren auf dieses Pensum zu kommen. Dem Dekret zufolge müssten Nachrichten- Quellen genannt und verlinkt werden; elektronische Nachrichtenblätter, die nicht ausschließlich fremde Inhalte zitieren, sondern auch eigene bieten, seien nicht betroffen, so die Ministerialbeamtin.⁵⁸

Doch die freundliche Auslegung scheint nicht allen plausibel. Vielmehr geht es darum, durch ein schwammig formuliertes Gesetz auch bei Bloggern den politischen Druck zu schaffen, der bei Printjournalisten schon lange wirkt. Mithilfe scheinbar unpolitischer Mediengesetze könnte so etwas für den Staat künftig noch einfacher funktionieren.

⁵⁷ <<https://www.evangelisch.de/inhalte/89265/18-10-2013/pressefreiheit-vietnam-bloggerverfolgung-und-saucenopern>> [22.02.2017]

⁵⁸ Ebd.

7.3 Zensuren aus nicht staatlichen Institutionen und Organisationen

Inhaltssperrungen, die von Nicht-Regierungsorganisationen ausgehen, sind in Deutschland teilweise vertreten. So regulierte etwa die **GEMA** regelmäßig Musik auf *Youtube*, da sie deutsche Künstler schützt. Da sie sich mit dem Mutterkonzern von *Youtube*, *Google* lange Zeit nicht einigen konnte, waren 61,5 Prozente der weltweit 1000 populärsten *Youtube-Videos* in Deutschland bis zum November 2016 nicht verfügbar.

Suchmaschinen wie **Google** entfernen Webseiten aus den Suchergebnissen, die nicht im Einklang mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Suchmaschine sind. Allein im Jahr 2016 wurden 914 Millionen *Links* aus den Suchergebnissen herausgelöscht.⁵⁹ Diese führten zu insgesamt 352.000 verschiedenen Webseiten. *Google* erhält Tag für Tag mehrere Tausend Anträge zur Löschung von einzelnen *URLs*⁶⁰ aus den Suchergebnissen, hinter denen sich urheberrechtlich geschütztes Material verbirgt. Webseiten, die mit einer „*Google-Strafe*“ belegt wurden, können von den meisten Nutzern angesichts *Googles* Marktmacht von über 90 Prozente in Deutschland praktisch nicht gefunden werden. Gegner dieser Vorgehensweise fordern Suchneutralität. Beides ist jedoch keine *Zensur* im juristischen Sinne.

Im September 2016 hatte das weltgrößte Online-Netzwerk **Facebook** einen Zeitungsartikel mit einem Bild gelöscht und als Begründung auf das Verbot von Kinderpornografie verwiesen. Das war ein sehr berühmtes Foto aus dem *Vietnam-Krieg*, auf dem ein unbekleidetes Mädchen nach einem *Napalm-Angriff* auf der Straße läuft. Der Chefredakteur der betroffenen norwegischen Zeitung *Aftenposten* warf Facebook daraufhin Zensur und Machtmissbrauch vor. Das Online-Netzwerk musste nachher die historische Bedeutung des Fotos anerkennen und es wieder online stellen. Es ist nicht das einzige Mal, dass Facebook Fotos oder Abbildungen von Kunstwerken entfernt, weil sie gegen Richtlinien des Online-Netzwerks zur Abbildung von Nacktheit oder Gewalt verstießen. Da für immer mehr Menschen Online-Netzwerke zu einer zentralen Nachrichtenquelle werden, gibt es große Sorge, dass sie nur noch gefilterte Informationen erreichen, die durch Software-Algorithmen oder Facebook-Mitarbeiter, die mit der Einhaltung der Regeln betraut sind, zugelassen werden.⁶¹

⁵⁹ <<https://www.googlewatchblog.de/2017/01/transparency-report-google-jahr2016/>> [10.03.2017]

⁶⁰ *Uniform Resource Locator* (englisch für einheitlicher Ressourcenzeiger) wird im allgemeinen Sprachgebrauch als *Internetadresse* oder *Webadresse* bezeichnet.

⁶¹ Vgl. <http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_78943186/medien-facebook-gibt-im-streit-um-foto-aus-dem-vietnam-krieg-nach.html>

8 Zusammenfassung und Zukunftsperspektive

Aufgrund der **Globalisierung** und **Ökonomisierung** sind jedoch Faktoren für die **Angleichung der Mediensysteme** und ein mögliches Ende der Ausdifferenzierung auszumachen. In Folge dessen stellt sich die Frage, ob ein Vergleich von Mediensystemen überhaupt noch Sinn ergibt oder wir uns auf dem Weg zu einem „Weltmediensystem“⁶² befinden, wodurch der Vergleich von Mediensystemen überflüssig werden würde.

Für eine derartige Tendenz sprechen eine zunehmende **Weiterentwicklung der Technik** sowie die **Angleichung der technischen Infrastruktur**. Darüber hinaus sind die **globale Bedeutung des Internets** sowie dessen Quasi-Nichtregulierbarkeit auf nationaler Ebene zu beachten. Die elektronischen Informationsflüsse überschreiten jedwede nationale Grenzen, räumliche Distanzen spielen für die Wahrnehmung von Weltgeschehen keine Rolle mehr. Auch die mit **Konzentrationsprozessen** einhergehende wachsende Bedeutung weltweit operierender Medienunternehmen und eine drohende **kulturelle Vereinheitlichung** durch globale, freie Kommunikationsströme sind als konkordante Faktoren zu nennen. Es hat den Anschein, als würden durch die Medien geografische Grenzen und Hindernisse mehr und mehr schrumpfen und die Welt zu einem globalen Dorf und einem einheitlichen Schauplatz werden.

Auch wenn diese Globalisierungsprozesse immer wieder durch die regionalen Bestrebungen konterkariert werden, so ist dieser Trend doch unübersehbar. Macht es angesichts dieser Entwicklungen noch Sinn, nationale Mediensysteme zu identifizieren, analysieren und miteinander vergleichen? Es wird davon ausgegangen, dass die prägenden Faktoren wie Geografie aber auch Recht, politisches Systems, gegebener Stand der Medientechnologie und ihrer Verbreitung usw., die sich ihrerseits im nationalen Rahmen historisch entwickelt haben, es gerechtfertigt erscheinen lassen, Mediensysteme innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Grenzen zu betrachten.⁶³ Medien sind in kulturelle Kontexte eingebettet, die national- und grenzüberschreitend dimensioniert sind, jedoch nur in Ansätzen global.

⁶² Vgl. Blum (2005) S.5

⁶³<<http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/265916.html>> [22.02.2017]

Im Zeitalter der Globalisierung stehen die Massenmedien in Vietnam immer noch unter der Kontrolle des Staates, entwickeln sich aber allmählich in der Richtung einer Mediendemokratie. Oder in einem demokratischen System wie in Deutschland leidet der Journalismus jedoch unter einer zunehmenden Kommerzialisierung- und Ökonomisierungsdruck.

Erst die Kenntnis bestehender nationaler Mediensysteme und ihrer konkreten Erscheinungen, Entwicklungstendenzen und Probleme erlaubt es, solche Konzepte wie *Internationalisierung* oder *Globalisierung* empirisch nachvollziehbar feststellen zu können. Gerade der Vergleich der zwei gegebenen Mediensysteme in Deutschland und Vietnam ermöglicht es, generellen Tendenzen sowie die Wechselbeziehung von nationaler Prägung und globaler Entgrenzung der Mediensysteme sichtbar zu machen.

Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv** der Sektion Journalistik der Karl-Marx Universität Leipzig (1984): *Wörterbuch der sozialistischen Journalistik*. Leipzig.
- Bentele**, Günter; **Brosius**, Hans-Bernd; **Jarren**, Otfried (Hrsg.) (2006): *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden.
- Blum**, Roger (2005): *Bausteine zu einer Theorie der Mediensysteme*. In: Medienwissenschaften Schweiz 2. o. O, S.5.
- Brauer**, Rabea; **Schulze**, Sarah (2011): Länderberichte der Konrad Adenauer Stiftung. *Medien in Vietnam: Agitatoren der Politik* <<http://www.kas.de/wf/de/33.29345/>>
- Hachmeister**, Lutz et. al. (2008): *Die Begriffe der vergangenen Jahrzehnte. Über neue und alte Medienpolitik. Funkkorrespondenz*. In: Süddeutsche Zeitung, 31/2008, S.3-8.
- Jarren**, Othfried; **Donges**, Patrick (2002): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung* (Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen). Wiesbaden.
- Meyers** Universallexikon (1979). Band 3, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 1. Auflage, S. 81.
- Meyn**, Hermann; **Tonnemacher**, Jan (2012): *Massenmedien in Deutschland*. 4.,völlig überarbeitete Neuauflage. Konstanz und München.
- Nguyen**, Binh (2016): Digital in 2016 Vietnam - We Are Social, o.O.
<<http://de.slideshare.net/binhnguyenplus/digital-in-2016-vietnam-we-are-social>>
- Rössler**, Patrick; **Krotz**, Friedrich (2005): *Mythen der Mediengesellschaft (= The media society and its myths)*. Konstanz.
- Schreyer**, Bernhard; **Schwarzmeier**, Manfred (2013): *Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme*. Wiesbaden, S.153.
- Siegert**, Gabriele (1993): *Marktmacht Medienforschung: die Bedeutung der empirischen Medien- und Publikumsforschung im Medienwettbewerbssystem*. München.
- Thomaß**, Barbara (2007): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*. Konstanz.

Thomaß, Barbara (2013): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*. Wiesbaden und München. 2.Auflage, S.65.

Weischenberg, Siegfried et.al. (2006) : *Die Souffleure der Mediengesellschaft*, o.O.

<<https://de.wikipedia.org/wiki/Mediensystem>> [17.02.2017]

<<https://de.wikipedia.org/wiki/Pressefreiheit>> [17.02.2017]

<https://www.uniUlm.de/fileadmin/website_uni_ulm/iui.inst.040/Infogesellschaft_II/Meinungsfreiheit_Medien_und_Zensur.pdf> [17.02.2017]

<[https://de.wikipedia.org/wiki/Zensur_\(Informationskontrolle\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Zensur_(Informationskontrolle))> [17.02.2017]

<<https://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-pressefreiheit/massenmedien-und-demokratie>> [17.02.2017]

<<http://www.bpb.de/izpb/7492/warum-medien-wichtig-sind-funktionen-in-der-demokratie?p=all>> [18.02.2017]

<<https://de.wikipedia.org/wiki/Einparteiensystem>> [18.02.2017]

<https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzv_hauptseite/aktuell/publikationen/2016/ZDF_2016.pdf> [18.02.2017]

<<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39327/massenmedien>> [19.02.2017]

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214350/umfrage/marktanteile-der-tv-sender-in-deutschland/>>

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36716/umfrage/die-groessten-zeitschriften-nach-auflage/>> [19.02.2017]

<<https://www.bundestag.de/blob/417978/c0c781c1444e19c09ab51f52847fd347/wd-10-006-16-pdf-data.pdf>> [19.02.2017]

<<http://www.bpb.de/apuz/231303/pressefreiheit-in-deutschland?p=all>> [19.02.2017]

<<https://www.djv.de/startseite/info/themen-wissen/aus-und-weiterbildung/arbeitsmarkt-und-berufschancen.html>> [19.02.2017]

<<http://www.presserat.de/presserat/aufgaben-organisation/>> [19.02.2017]

<<https://deutsch.rt.com/inland/44446-nennung-herkunft-straftaeter-presserat-deutschland-reichelt-bild-online-beschwerden/>> [19.02.2017]

<<http://meedia.de/2016/12/21/anschlag-in-berlin-presserat-zaehlt-bereits-14-beschwerden-wegen-berichterstattung/>> [19.02.2017]

<<https://www.dfjv.de/ueber-uns/medienpolitik/pressefreiheit>> [19.02.2017]

<<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/>> [19.02.2017]

<<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/deutschland/nahaufnahme/2016/>> [19.02.2017]

<<http://de.ejo-online.eu/pressefreiheit/pressefreiheitsrankings-unter-der-lupe>> [19.02.2017]

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internetnutzung-in-deutschland-seit-2001/>> [21.02.2017]

<https://de.wikipedia.org/wiki/Sperrungen_von_Internetinhalten_in_Deutschland> [22.02.2017]

<<https://www.evangelisch.de/inhalte/89265/18-10-2013/pressefreiheit-vietnam-bloggerverfolgung-und-saucenopern>> [22.02.2017]

<http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_78943186/medien-facebook-gibt-im-streit-um-foto-aus-dem-vietnam-krieg-nach.html>[22.02.2017]

<<https://www.googlewatchblog.de/2017/01/transparency-report-google-jahr2016/>> [10.03.2017]

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Unterschrift

Ort, Datum